



Editorial

Liebe Leser*innen,

Covid-19 hat unser Leben einschneidend verändert. Die langfristigen Folgen des Shut-downs lassen sich noch nicht annähernd übersehen. Dennoch haben wir uns entschlossen, diese Ausgabe des Stachel auch in gedruckter Form heraus zu bringen. Der Frühling ist da und trotz weiterhin geltender Ausgangsbeschränkungen werden die ersten Lockerungen wirksam. Wir Grünen in Xhain beschäftigen uns neben Corona mit vielen weiteren Fragen, die unseren Bezirk für die Zukunft fit machen und gestalten. Da geht es ums Gewerbe und ums Mieten, um Mobilität und die Geflüchteten bei uns in Xhain und weltweit. Es geht um Parlamentarismus und Demokratie genauso wie um die Gestaltung des Dragonerareals. Und viele andere Brennpunkte, die das Virus nicht vollkommen von der Tagesordnung verdrängen darf. Viel Spaß beim Lesen.

Eure Redaktion



An den Außengrenzen zeigt sich, wer wir sind

Kinder im Lager Moria auf Lesbos, die eine gesicherte Zukunft verdient haben. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Wir alle sind gefordert. #LeaveNoOneBehind

Foto: Erik Marquardt

Inhalt

	Seite
Mieter*innenschutz	2
Gewerbemieten	2
OraNostra	2
Parlamentarismus	3
Interview: Anarchist*in	3
Kolumne	3
Es geht LOS	4
Glogauer 06 bleibt!	4
Stadtbodenstiftung	4
Baustelle Gemeinwohl Service	5
Nach Hanau	6
Lula in Berlin	6
Zukunft Görli	7
Grün(er) geht es weiter	7
Zero Waste Bezirk	7
Kinderschutz	7
Fairtrade im Sport	8
Neuer GA	8
Väter in Geflüchtetenfamilien	8
Bye Bye Britta	8
Impressum	8
Dragonerareal	9
Samariterkiezberuhigung	9
Liebig34	10
Wohnungslosigkeit	10
80 Jahre Shooccy	11
Interview: Thomas Weigelt	11
Corona in Berlin	12

In Zeiten der Corona-Pandemie müssen wir für ein solidarisches Europa kämpfen. Das Corona-Virus darf nicht als Vorwand genutzt werden, Menschen unter unwürdigen Bedingungen unterzubringen oder ertrinken zu lassen.

Ich schreibe diese Worte am Ostermontag. Bereits vor Tagen gingen vier Notrufe von Schlauchbooten ein, die sich in Seenot befinden, aber Malta und Italien behaupten, wegen der Coronakrise, keine sicheren Häfen mehr zu haben.

Für Menschen in Seenot sind die Häfen nun dicht, doch Dutzende anderer Schiffe fahren auf Malta ein und aus, als sei nichts gewesen. Mindestens eines der Schlauchboote ist nun untergegangen. Die Männer, Frauen und Kinder sind alle ertrunken. Wir tun gerade alles in unserer Macht Stehende, um die Menschen auf den drei anderen Booten in Seenot zu retten.

Es kann doch nicht sein, dass wir Menschen auf dem Mittelmeer sterben lassen, nur weil Politiker*innen Angst vor Rechtspopulist*innen haben oder glauben, man könne damit andere abschrecken, in die Boote zu steigen.

Europa und seine Mitgliedsstaaten dürfen die Pandemie nicht als Rechtfertigung nutzen, um Menschen auf dem Mittelmeer sterben zu lassen. Wir als Europäerinnen und Europäer sollten die Coronakrise nutzen, um uns zu fragen, wer wir eigentlich sind und wie wir für ein besseres und solidarisches Europa kämpfen.

Erdoğan's Grenzöffnung und Rechtsextreme auf Lesbos

Seit Ende Februar bin ich auf Lesbos und hätte damals nicht gedacht, dass die Situation viel schlimmer werden könne. Ich wollte die sitzungsfreie Woche hier verbringen, um mir anzuschauen, wie sich die Lage auf Moria entwickelt. Ein Lager, in dem

Menschen seit vier Wintern auf dem feuchten Boden oder in Sommerzelten schlafen.

Dass Menschen in der EU so leben müssen, ist eine Schande für uns alle. Die Situation hier ist nicht so schlecht, weil die EU es nicht besser organisieren könnte. Sie ist so schlecht, weil das politisch gewollt ist. Es ist politisch gewollt, dass die Verhältnisse so schlimm sind, weil man auch hier, wie im Mittelmeer, abschrecken will. Aber das Ziel kann doch nicht sein, dass in den Lagern an den Außengrenzen schlimmere Verhältnisse herrschen, als in einem Bürgerkrieg, nur damit keiner mehr auf die Idee kommt, nach Europa zu fliehen.

Mit der Vermutung, dass es kaum schlimmer kommen könne, habe ich mich leider geirrt. Nachdem Erdoğan eine Grenzöffnung verkündete und plötzlich ein paar Tausend Menschen an der Außengrenze standen, reagierte Griechenland mit Gewalt und setzte einfach das Grundrecht auf Asyl aus. Die griechische Küstenwache begann in Richtung von Schlauchbooten voller Menschen zu schießen, statt diese zu retten.

Man ließ Boote stundenlang in Seenot verharren, statt sofort einzugreifen. Ein Mädchen ertrank bei dem Versuch nach Lesbos zu gelangen, obwohl man sie hätte retten können.

Rechtsextreme aus ganz Europa mobilisierten den Mob auf die Insel. An manchen Tagen kamen mehr Nazis als Flüchtlinge auf Lesbos an. Rechte Banden übernahmen die Straßen und patrouillierten mit Eisenketten in der Stadt. Rechtsradikale konnten hier tagelang Jagd auf Hilfsorganisationen, Geflüchtete und Journalist*innen

machen, ohne dass die Polizei eingriff. Eine Hilfseinrichtung wurde sogar in Brand gesteckt.

Das Corona-Virus ist eine Gefahr für die Menschen in den griechischen Lagern

Und dann kam es noch einmal schlimmer. Das Corona-Virus breitet sich sehr schnell in Europa aus. Während überall in Europa Kontaktverbote und Ausgangssperren verhängt wurden, leben hier 20.000 Menschen zusammengepfercht in einem Lager, das für 3000 Menschen errichtet wurde. Auf 1300 Menschen kommt ein einziger Wasserhahn und selbst der fällt ständig aus. Man kann sich hier kaum die Hände waschen, geschweige denn, sich in Social Distancing üben.

Die Mitgliedsstaaten haben Möglichkeiten, die Corona-Katastrophe in überfüllten Flüchtlingslagern zu verhindern. Es ist doch in unserem Interesse, dass wir keine Orte in Europa zulassen, in denen sich das Virus ungehindert ausbreiten kann. Man muss die Lager nicht trotz, sondern wegen Corona schnell evakuieren.

#Leavenoonebehind

Wir brauchen vor allem den politischen Willen, Probleme zu lösen, statt immer zu erzählen, was wir alles nicht tun können. Viel zu lange haben wir die Geflüchteten und Bürger*innen auf den griechischen Inseln im Stich gelassen. Die EU hat diese Zustände an den Außengrenzen mitzuverantworten. Sie hat das Haus an der Außengrenze angezündet und

nun freut sich die EU und die deutsche Bundesregierung, wenn sie ein paar Kinder aus dem brennenden Haus retten. Ich finde das beschämend.

Um mehr Aufmerksamkeit für das Thema zu schaffen, habe ich die Kampagne „Leave No One Behind“ mit ins Leben gerufen. Es geht darum, dass Bürgerinnen und Bürger aus ganz Europa in der Coronakrise zusammenstehen und sich für jene einsetzen, die unsere Solidarität brauchen. Dazu gehören die Geflüchteten an unseren Außengrenzen, die Obdachlosen, die Alten und Kranken. Wenn wir jetzt nicht handeln, machen wir uns mitschuldig an der Katastrophe, die diese Menschen bedroht.

Wir können Menschen aus den unwürdigen Zuständen in Lagern wie Moria holen. Wir können auch weiterhin Menschenleben im zentralen Mittelmeer retten. Doch Staaten wie Italien, Malta und Griechenland weigern sich zu handeln, weil sie sagen, sie hätten mit Corona schon genug zu tun. Das deutsche Innenministerium sagt, Rettungsschiffe sollten nicht mehr rausfahren, und jene die draußen sind, sollten zurückkommen, denn wegen Corona sei alles sehr schwierig.

Aber wir können doch nicht ernsthaft als Europa sagen, die Menschen sollen ertrinken, weil sie danach vielleicht in schwierige Coronasituationen kommen. Das ist unwürdig, denn wir sind verantwortlich für das, was an unseren Außengrenzen passiert. Dort zeigt sich, wer wir sind.

Erik Marquardt,
Mitglied des Europäischen Parlaments

Und dann kam Corona

Nicht wenige Mieter*innen wissen aufgrund der Corona-Krise nicht mehr, wie sie ihre Mieten bezahlen sollen, ob für die Wohnung oder ihr Gewerbe. Daher muss ein wohnungspolitischer Schutzschirm her.

Der Berliner Senat und der Bund haben schnell ein Maßnahmenpaket bereit gestellt. Das kann aber nur der Anfang sein – auch weil die Einschränkungen noch lange weiter gehen werden. Ein Schutzschirm für Mieter*innen und Vermieter*innen kann auch langfristig wirken, muss aber für eine gerechte Lastenverteilung sorgen.

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Corona-Krise sind derzeit noch gar nicht absehbar. Viele Mieter*innen und Gewerbetreibende haben schon jetzt hohe Einkommensausfälle und wissen nicht, wie sie die Miete für ihre Wohnung oder ihr Geschäft in den kommenden Monaten stemmen sollen. Gewerbetreibende sind dabei oft doppelt betroffen.

Die wichtigsten wohnungspolitischen Maßnahmen

Der Rot-Rot-Grüne Senat bzw. wir als Rot-Rot-Grüne Koalition haben daher weitgehende Maßnahmen zur Verbesserung des Mieterschutzes und zur Vermeidung von Wohnungsverlusten für die Dauer der COVID-19-Pandemie beschlossen. Diese sollen zunächst für die nächsten sechs Monate gelten.

Der Berliner Senat sorgt dafür, dass die sechs Landeseigenen Wohnungsunternehmen und die Berlinovo Mietserhöhungen ausgesetzt haben. Bei Mietrückständen sollen von Fall zu Fall kulante Lösungen vereinbart werden. Die Versorgungsunternehmen werden bis auf Weiteres auf Strom- und Gassperren verzichten. Zudem sollen keine Kündigungen aufgrund von Zahlungsrückständen ausgesprochen werden. Räumungen von bewohnten Wohnungen werden ausgesetzt und überprüft, auch Räumungen von Gewerbeimmobilien werden teils ausgesetzt – das hängt von den jeweiligen Gerichten ab. Für Wohnungs- und Obdachlose bzw. Geflüchtete hat der Senat zwei Hostels angemietet – ob dies wirklich ausreicht, ist jedoch frag-



In der Wrangelstraße: alles dicht

Foto: ha

lich. Wir Grüne haben von Anfang an vorgeschlagen, dass Hotels und Ferienwohnungen für Frauen mit Kindern, Familien, Geflüchtete und bei Quarantäne-Bedarf angemietet werden. Daneben hat der Senat entschieden, dass Verstöße gegen Melde- und Informationspflichten gemäß MietenWoG Bln (Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin) bis auf Weiteres nicht sanktioniert werden.

Der Bund handelt – aber zaghaf

Zudem hat der Bund im Schnellverfahren beschlossen, dass Kündigungen von Mietverhältnissen wegen Mietschulden für den Zeitraum vom 1. April 2020 bis 30. Juni 2020 nicht möglich sind – und zwar sowohl bei Wohnungsmieter*innen als auch Gewerbetreiber*innen. Der von der Bundesjustizministerin vorgeschlagene Zeitraum von sechs Monaten wurde leider auf Druck der CDU auf drei Monate gekürzt, kann jedoch bei Bedarf um weitere sechs Monate verlängert werden. Zudem ist im Sozialschutz-Paket der Bundesregierung vorgesehen, dass die Kosten der Unterkunft (KdU, Mietkostenzuschuss für Transferleistungsbezieher*innen)

bei Neuanträgen nicht überprüft, sondern schlichtweg als angemessen gewertet werden.

Das ist ein guter Schritt. Jetzt sollte auch noch die Bundesagentur für Arbeit angewiesen werden, alle Mietschulden konsequent zu übernehmen, um Wohnungslosigkeit zu verhindern – auch, weil viele Ämter im Notbetrieb arbeiten und nicht gewährleisten können, dass Ersatzwohnraum zur Verfügung gestellt werden kann. Es ist auch richtig, dass jetzt alle Sanktionen gegen Hartz IV-Empfänger*innen ausgesetzt wurden, endlich. Dass kleine Vermögen bei der Beantragung von Grundsicherung nicht berücksichtigt und die tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung anerkannt werden, muss auch nach der Aufhebung dieses Gesetzes beibehalten werden. Auch Privateigentümer*innen von Wohnungen haben die Möglichkeit, die Bedienung ihrer Kredite für drei Monate auszusetzen. Denn auch die kleinen Vermieter*innen und Selbstnutzer*innen sind betroffen.

Wir werden Vermieter*innen wie Mieter*innen auch über Mieterlase und einen Fonds auf Bundesebene konkret helfen müssen. Gerade die Landeseigenen Wohnungsunterneh-

men sollten mit gutem Beispiel vorangehen und Mieten bedarfsgerecht erlassen. Denn nach Ablauf des Kündigungs moratoriums werden viele Mieter*innen Schwierigkeiten haben, die angehäuften Mietrückstände bei Verzugszinsen von vier bis sechs Prozent zu begleichen. Haushalte mit niedrigen bis mittleren Einkommen wären kaum in der Lage, bis zum 30. Juni 2022 die aufgelaufenen Schulden abzutragen, vor allem wenn die Krise noch länger anhält.

Und wenn Vermieter*innen ihre Kredite nicht mehr bedienen können, wird das zu weiteren Verwerfungen auf

dem Immobilienmarkt führen, wenn Wohnungen und Häuser dann an große, börsennotierte Wohnungsunternehmen verkauft werden. Es braucht daher einen wohnungspolitischen Schutzschirm für in Not geratene Mieter*innen wie Vermieter*innen, der vom Bund und den Ländern in den nächsten Wochen und Monaten konzipiert werden muss.

Wie geht 's weiter?

Daher unterstützen wir Grüne die Forderung nach einem „Sicher Wohnen Fonds“, der Mieter*innen wie Vermieter*innen finanziell durch Zuschüsse wie Darlehen helfen kann. Jedoch sollten die großen Immobilienunternehmen, die in den letzten Jahre hohe Gewinne erzielt haben, auch einen Beitrag dafür zu leisten. Und hier in Berlin sehe ich den Senat in der Pflicht, einen Runden Tisch mit der Wohnungswirtschaft und den Mieter*innenverbänden einzuberufen, um auch auf Landesebene langfristige Notfallmaßnahmen zu entwickeln. Es mag zwar die Zeit der Exekutive sein, aber auch die Legislative ist jetzt gefragt, mittel- bzw. langfristige Lösungen für die Zeit nach Corona zu diskutieren und zu entwickeln.

■ **Katrin Schmidberger,**
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
Wohnungspolitische Sprecherin

Gewerbemieter*innen schützen und stärken

In vielen Kiezen Berlins haben Anwohner*innen keinen Gemüseladen mehr in ihrer Nähe, müssen aber drei Euro für die Tasse Café bezahlen. Von Verdrängung sind Gewerbetreibende genauso wie Wohnmieter*innen bedroht. Doch für sie gibt es kein Gewerbemietrecht, das sie schützt.

Deshalb präsentierte ich für meine Fraktion Anfang Februar im Deutschen Bundestag einen Entwurf für ein neues Gewerbemietrecht, um kleine Ladenbesitzer*innen, Handwerker*innen, Kultureinrichtungen und Sozialprojekte zu schützen und diskutierte ihn mit weit über 100 Teilnehmer*innen in einem Fachgespräch.

Aus dem Friedrichshainer Teil meines Wahlkreises stellte Daniela Wisotzky in einer Rede dar, wie der Rauschmiss durch den Immobilienfonds Fortis ihr „Berliner Modeinstitut“ bedroht. Nach 17 Jahren in einem kleinen Ladenlokal in einer Friedrichshainer Seitenstraße wurde ihr gekündigt. Schutzlos steht sie nun als Inhaberin der Fondsgesellschaft gegenüber, die das Haus aufgekauft hat.

Auch auf der Kreuzberger Seite meines Wahlkreises kämpft gerade in der Oranienstraße die Buchhandlung Kisch & Co um ihre Existenz. Der aktuelle Mietvertrag läuft im Mai 2020 aus und noch ist unklar, ob die Mietforderungen des neuen Eigentümers zu stemmen sind.

Genau dies soll mein Gesetzentwurf verhindern, der sich an die juristische Struktur einer „grün scharfgestellten“ Mietpreislösung anlehnt. Er erlaubt den Ländern in besonders von Verdrängung bedrohten Gebieten, kleine Gewerbebetriebe zu schützen. Dies bedeutet: „Jede Kommune kann, keine muss“ das Gesetz anwenden. Damit tragen wir den unterschiedlichen Lebensrealitäten Rechnung, dass es in Deutschland Gebiete gibt, in denen die Mieten für Gewerbeimmobilien durch die Decke schießen und andere, in denen Leerstand weit verbreitet ist.

Geschützt werden sollen alle Gewerbemieter*innen mit Flächen bis zu 250 Quadratmetern. Darüber

hinaus werden auch Kleinstunternehmen mit bis zu neun Beschäftigten und einem Jahresumsatz von nicht mehr als 2 Millionen Euro, private und öffentliche Träger von sozialen Einrichtungen wie zum Beispiel Kitas, Kunst- und Handwerksbetriebe sowie Kultureinrichtungen geschützt.

Würde das Gesetz gelten, kann die* Inhaber*in eines eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebs nicht mehr die Existenzgrundlage durch überzogene Mieterhöhungen zerstört werden. Existenzsicherheit wird auch geschaffen durch einen ähnlichen Kündigungsschutz wie bei Wohnungsmieter*innen, durch einen Verlängerungsanspruch für befristete Gewerbemietverträge und die Begrenzung von Mieterhöhungen.

Was in Deutschland noch wie eine Utopie klingt, ist in Nachbarländern wie Österreich eine Selbstverständlichkeit, wie man beim Fachgespräch im Deutschen Bundestag erfahren konnte. Ein Richter a. D. aus München, der sich viel mit Streitfällen um Gewerbemieten beschäftigte, bezeichnete den Gesetzentwurf als „sehr gegliedert und sinnvoll“.

Eine große Hilfe wäre ein solches Gesetz auch für die zahlreichen Initiativen von Gewerbetreibenden aus meinem Wahlkreis wie OraNostra und GloReiche, die in den letzten Jahren die Kämpfe um den Erhalt der Yayla-Sportschule, von Kamil-Moden und des Späts in der Oranienstraße 34 organisierten. Wie sehr der Gesetzentwurf den Wunsch der Menschen nach Veränderung und Stärkung ihrer Rechte im Lebensalltag getroffen hat und die Interessen der großen Immobilienbesitzer berührt, zeigt sich auch daran, dass auf einmal deren Lobbyverbände auf meiner Matte stehen.

■ **Canan Bayram,**
Mitglied des Bundestages

OraNostra – eine Kreuzberger Initiative zum Gewerbemietrecht

In Deutschland gibt es kein wirkungsvolles Gewerbemietrecht, das Mieter*innen angemessen schützt. In Kreuzberg ist die Verdrängung von Kleingewerbetreibenden besonders sichtbar. Das Bündnis OraNostra wehrt sich und vernetzt Gewerbemieter*innen miteinander – über den Oranienkiez hinaus.

Am 14. August 2019 wurde der Spätkauf von Zekiye Tunç in der Oranienstraße 35 trotz solidarischer Proteste zwangsgeräumt – ein seit zehn Jahren existierender Treffpunkt im Kiez. Zekiye Tunç wünschte sich damals, der Kampf gegen die Verdrängung solle weitergehen. Ein wichtiger Anlaufpunkt für Gewerbetreibende wie Zekiye Tunç, die trotz jahrelanger gewerblicher Tätigkeit ungeschützt sind, wenn Mietverträge nicht verlängert werden, ist das Bündnis OraNostra im Kreuzberger Oranienkiez.

Ein Bündnis gegen die Verdrängung

Die Initiative existiert seit dem Sommer 2017 und setzt sich aus Kleingewerbetreibenden, Handwerksbetrieben sowie Sozial-, Kultur- und Gesundheitseinrichtungen zusammen. Das Bündnis vernetzt Gewerbemieter*innen miteinander und unterstützt die von Verdrängung Bedrohten durch Informations- und Beratungsangebote. Es dreht sich dabei in der Regel um wirtschaftliche und rechtliche Fragen zu Vertragsverlängerungen oder Neuverträgen, der Kontrolle der Betriebs- und Neben-

kostenabrechnungen oder um Gespräche mit den Vermieter*innen. Die Initiative sucht auch unabhängig von Anfragen der Betroffenen das Gespräch mit Immobilienvertreter*innen, um Mietverträge neu zu verhandeln und bezahlbar zu verlängern.

Gesetzliche Verankerung des Gewerbemietrechts

Das langfristige Ziel der OraNostra ist die Verankerung des Gewerbemietrechts im Bürgerlichen Gesetzbuch, um Gewerbetreibende besser vor Kündigungen und unbegrenzten Mieterhöhungen zu schützen und damit Voraussetzungen zu schaffen, die jeweiligen Kieze zu erhalten. Die Initiative sucht daher auch das Gespräch mit Politiker*innen. Im Februar diesen Jahres fand beispielsweise ein Fachgespräch zu einem Gesetzesentwurf statt, den die grüne Bundestagsfraktion zum Thema Gewerbemietrecht vorgelegt hat; unter den über 100 Teilnehmer*innen diskutierten auch Mitglieder der OraNostra über den Entwurf. Die Kreuzberger Grünen-Abgeordnete Canan Bayram beklagt schon lange, dass der Anteil der Gewerbetriebe mittlerweile bis zu einem

Drittel des Warenverkaufswerts beträgt, während die Kaufkraft der Kund*innen aufgrund der steigenden Wohnungsmieten sinkt. Sie fordert eine stärkere Regulierung der Gewerbetriebe im Rahmen eines gesetzlich verankerten Mietrechts.

Vernetzung über Berlin hinaus

Bis das Gewerbemietrecht gesetzlich verankert ist und es Gewerbetreibende wirkungsvoll schützen kann, tauscht sich die OraNostra auch mit Initiativen außerhalb von Berlin über die jeweiligen Probleme und Erfahrungen aus. Dazu zählen beispielsweise Wirtschaftsentwicklungspläne aus Erfurt und Magdeburg, die sich mit Zentren- und Märktekonzepten in der Bebauungsplanung beschäftigen. Es bleibt zu hoffen, dass der solidarische Protest der OraNostra und verwandter Initiativen ernstgenommen und ein faires Gewerbemietrecht so schnell wie möglich gesetzlich verankert wird.

Die OraNostra trifft sich wöchentlich. Nähere Informationen unter:

<https://www.rundumkotti.de/akteur-innen/initiativen/oranostara/>

■ **Laura Eckl**

Debatte statt Dekret

Parlamentarismus in Zeiten des Coronavirus

Krisenzeiten sind die Stunde der Exekutive, so heißt es gemeinhin. Tatsache ist, dass Notsituationen auch besondere Maßnahmen erfordern können, die nur ein Regierungsapparat mit seinen vielen Tausend Beschäftigten in der nötigen Kürze der Zeit beschließen und umsetzen kann. In der Coronakrise erleben wir, wie wichtig eine handlungsfähige öffentliche Verwaltung ist: sei es bei der Realisierung der notwendigen Eindämmungsmaßnahmen, um die besonders gefährdeten Gruppen in unserer Gesellschaft vor der COVID-19-Krankheit zu schützen; seien es schnelle Hilfen für die vom Shutdown besonders betroffenen Unternehmen, Arbeitnehmer*innen und Selbstständigen, die um ihre wirtschaftliche Existenz fürchten. Bedeutet dies, dass es im Kampf gegen Corona ein Parlament und die demokratische Öffentlichkeit gar nicht braucht? Im Gegenteil!

Auf das Berliner Abgeordnetenhaus kommt es an

Für die Demokratie ist und bleibt das Parlament als Verfassungsorgan zu jeder Zeit konstitutiv. Wer in der Krise dessen Relevanz in Frage stellt, spielt mit dem Feuer – und der AfD in ihrer Sehnsucht nach dem „starken Mann“ in die Hände. Denn ein funktionierendes Parlament ist sehr viel mehr als ein demokratischer Selbstzweck. Tatsächlich ist für die Bewältigung der Coronakrise eine handlungsfähige Legislative geradezu unerlässlich: etwa um dafür notwendige Gesetzesänderungen, finanzielle Soforthilfen für die Betroffenen oder die Beschaffung dringend benötigter Medizinartikel zu beschließen. Das Berliner Abgeordnetenhaus ist – genauso wie der Bundestag und die anderen Länderparlamente – nämlich auch Haushaltsgesetzgeber. Gemäß Haushaltsrecht muss es allen größeren Ausgaben, die nicht in den bereits beschlossenen Haushaltsplänen vor-

gesehen sind, zustimmen. Der Senat kann in der Krise zwar versuchen, so schnell, effektiv und unbürokratisch wie möglich zu reagieren – in etlichen Fällen braucht er aber dafür die politische Unterstützung und Beschlüsse der Abgeordneten.

Die Parlamentarier*innen können aber auch darüber hinaus ihren Teil dazu beitragen, die Coronakrise gemeinsam durchzustehen und Betroffene bestmöglich zu unterstützen. Die Grüne Abgeordnetenhausfraktion tut ihr Bestes, um die Öffentlichkeit sowie wichtige Multiplikator*innen in den Verbänden, Organisationen oder Netzwerken so gut, schnell und vor allem verlässlich wie irgend möglich über die Entwicklungen zu informieren. Umgekehrt können wir deren Fragen, Hinweise und Forderungen an den richtigen politischen Stellen platzieren. Denn als Abgeordnete haben wir deutlich einfachere Zugänge zu den Entscheider*innen in den Senats- und Bezirksverwaltungen. Und diese Zugänge versuchen wir im Interesse der Berliner*innen zu nutzen. Und natürlich bleibt es unsere Aufgabe und Pflicht, Regierungshandeln zu kontrollieren und mittels parlamentarischer Debatten eine demokratische Öffentlichkeit herzustellen – gerade in Krisensituationen!

Ein Privileg als besondere Pflicht

Die Maßnahmen, die von den Regierungen auf Bundes- und Länderebene ergriffen wurden, um das Coronavirus einzudämmen, verlangen den Menschen aufgrund der diversen Einschränkungen im öffentlichen und Arbeitsleben viel ab. In den jeweiligen Rechtsverordnungen sind aber etliche Ausnahmen definiert, etwa um Presse-Vertreter*innen, den Gerichten oder den gewählten Abgeordneten die Weiterarbeit zu ermöglichen. Eine solche „Bereichsausnahme“ gilt auch für das Berliner Abgeordnetenhaus



Ungewöhnliche Leere im Berliner Abgeordnetenhaus

Foto: ernstmayer@flickr.com

und die Bezirksverordnetenversammlungen. Ausschuss- und Parlaments-sitzungen sind also trotz gemeinhin strenger Auflagen für größere Versammlungen weiterhin erlaubt. Dieses Privileg bedeutet aber auch, dass die Berliner*innen von ihrem Parlament erwarten dürfen, dass es in allen wichtigen Belangen arbeitsfähig ist und bleibt.

Um den einschlägigen Empfehlungen der Gesundheitsämter und Virolog*innen (wie die Einhaltung der Abstandsregeln) Folge leisten zu können, hat der Ältestenrat des Abgeordnetenhaus schnell eine Reihe von Maßnahmen ergriffen: Dazu gehören Sitzungen mit weniger Teilnehmer*innen und verkürzter Sitzungszeit; die temporäre Aussetzung von Anhörungen

und einzelner Fachausschüsse, die keine Corona-bedingten Aufgaben zu erledigen haben; oder der Wechsel der meisten Mitarbeiter*innen ins Home-Office sowie die Schließung des Abgeordnetenhaus für externe Besucher*innen, ausgenommen der Presse. Alle diese Maßnahmen haben sich bislang bewährt und die Funktionsfähigkeit des Landesparlaments sicherstellen können – wobei uns Grünen viel daran liegt, diese zeitlich zu befristen, um so rasch wie möglich zum „Normalbetrieb“ zurückkehren zu können.

Wider die Selbstverzweigung der Legislative

Manch eine Fraktion will sich gleichwohl für den „Fall der Fälle“ wappnen, etwa das worst-case-Szenario, dass das Parlament aufgrund

eines hohen Krankenstands oder vieler Abgeordneter in Quarantäne nicht beschlussfähig ist. Wie auf Bundesebene und in einigen Landesparlamenten wird dementsprechend auch in Berlin über eine Verfassungsänderung diskutiert. Wir Grüne warnen hier vor „Schnellschüssen“, da die mit schwerwiegenden Eingriffen in die Rechte eines Verfassungsorgans, seiner freigesetzten Abgeordneten oder der Opposition verbunden sein können.

Aus unserer Sicht sollten zunächst alle Alternativen bzw. Maßnahmen unterhalb der Verfassungsschwelle geprüft werden, um die Funktionsfähigkeit des Parlaments sicherzustellen. Dazu gehören punktuelle Änderungen der Geschäftsordnung und die Ausschöpfung aller Möglichkeiten der modernen Telekommunikation. Möglich wäre zum Beispiel die Einführung einer „digitalen Anwesenheit“ von Abgeordneten inklusive digitaler Abstimmungen, wenn es eine besondere Notsituation erforderlich macht. Das Europäische Parlament hat in den letzten Wochen vorgemacht, wie dergleichen funktionieren kann. Ein probates Mittel sind auch interfraktionelle Absprachen zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen, die existenten politischen Mehrheitsverhältnisse auch bei einer ungleich verteilten Anwesenheit zu beachten (Pairing-Vereinbarung), wie sie im Berliner Abgeordnetenhaus ohnehin Tradition haben. Für eine „Selbstverzweigung“ und Entmachtung der Legislative inmitten der Coronakrise gibt es jedenfalls keinerlei Notwendigkeit oder politische Rechtfertigung. Solche Vorstöße werden in uns Grünen immer klare Gegner*innen haben!

Fazit: Demokratie kann und muss sich gerade in der Krise beweisen. Das Abgeordnetenhaus trägt seinen Teil dazu bei – und damit auch dazu, dass Berlin die unmittelbaren Auswirkungen und langfristigen Folgen des Coronavirus so gut wie möglich bewältigt.

■ Daniel Wesener, Mitglied des Abgeordnetenhaus, Parlamentarischer Geschäftsführer

Selbstverwaltung statt parlamentarischer Demokratie?

„Die Demokratie ist in der Krise.“ – diesen Satz hört und liest man seit längerem immer wieder. Aber was ist eigentlich damit gemeint? Ein Perspektivwechsel auf Demokratie, ihre „Krise“ und politische Teilhabe – im Gespräch mit einem*r Anarchist*in.

Stachel: Viele Personen haben Vorurteile, wenn sie das Wort „Anarchie“ hören. Wie würdest du jemandem „Anarchie“ erklären?

Charlie*: Anarchie beschreibt eine Gesellschaft ohne Herrschaft. Die Idee ist, dass alle Menschen das Recht besitzen, direkt an den für sie wichtigen Entscheidungen teilzuhaben – am besten auf direktem Weg. Ziel ist, abhängig von den eigenen Bedürfnissen mit anderen Menschen Vereinbarungen zu treffen, um das eigene Leben entsprechend zu gestalten – von den Menschen selbst und nicht „von oben“. Also Selbstverwaltung statt parlamentarischer Demokratie oder Bürokratie. Vereinbarungen und Solidarität sind notwendig, da Menschen als soziale Wesen voneinander abhängig sind.

Was verstehst du aus anarchistischer Perspektive unter dem Begriff „Demokratie“?

Demokratie kann eine Entscheidungsmethode sein, ein Staatsmodell, ein Symbol oder Wert. Sie bedeutet eigentlich Herrschaft des Volkes, was mit Anarchismus vereinbar ist, solange wir „Volk“ als alle hier lebenden Menschen definieren. Doch was sich heute alles Demokratie nennt, z.B. alle vier Jahre einen Zettel in eine Box werfen, ist weit davon entfernt. Es gibt viele

Bereiche, auf die wir kaum oder keinen Einfluss nehmen können, z.B. die Wirtschaft. Ich kann ohne Aktionär*in zu sein, weder wählen, von wem, noch nach welchen Werten ein Unternehmen geführt wird. Die Klimakatastrophe zeigt uns, wie undemokratisch die Wirtschaft organisiert ist.

Stichwort Repräsentanz und politische Teilhabe: Wie repräsentativ sind Demokratien deiner Meinung nach?

Als Anarchist*innen wollen wir Repräsentanz vermeiden. Denn Menschen können sich am besten selbst vertreten. In Deutschland müssen sich Politiker*innen zum Beispiel nicht an ihre Wahlversprechen halten. Die meisten Menschen wählen das ihrer Meinung nach geringste „Übel“ aus dem, was ihnen nach parteiinternen Entscheidungen zur Wahl gestellt wird. Und selbst in einer Entscheidung wie dem Brexit – an der sich wirklich viele Menschen beteiligt haben – haben nur 26% der Bevölkerung mit „leave“ abgestimmt. Das hat mit Repräsentanz nicht viel zu tun.

Welche Chancen bzw. Lösungsvorschläge bieten anarchistische Analysen bei den Problemen von Repräsentanz und politischer Teilhabe im Allgemeinen? Wie würdest du dir politische Teilhabe in einer Gesellschaft wünschen?

In einer anarchistischen Gesellschaft werden alle Entscheidungen von denjenigen getroffen, die von diesen betroffen sind. Politische Teilhabe heißt, auf allen Ebenen unseres Lebens mitbestimmen zu können – in der Schule, auf der Arbeit, zu Hause, im Kiez und in der Stadt. Wo Menschen dies nicht selber können, z.B. weil sie von einem Thema zu wenig wissen, ist es wichtig, Informationen zugänglich zu machen. Wenn z.B. ein überregionales Gremium notwendig ist, arbeiten Delegierte nach dem 'imperativen Mandat': Sie vertreten nicht ihre eigene Meinung, sondern die von den Menschen, die sie entsandt haben, und können jederzeit abgewählt werden. Diese Gedanken sind hier zwar ziemlich kurzgefasst, aber gerade jetzt, wo viele auf der Suche nach Alternativen zum parlamentarischen System nach rechts blicken, wollen wir konkrete linke Utopien wieder greifbarer machen.

*ein selbstgewählter, non-binärer Name

Wer gerne mehr erfahren und in einen weiterführenden Dialog treten würde, kann sich hier melden: perspektive-sv@systemli.org, gruene-fraktion.berlin

■ Das Gespräch führte Laura Eckl

Und sonst noch so? | Die Kolumne



Demokratie in Gefahr?

NSU, Walter Lübcke, Halle, Hanau. Eine Liste rechter Gewalt in Deutschland, die bei Weitem nicht vollständig ist.

Aufstehen gegen Rassismus! Berlin gegen Nazis. Omas gegen rechts. Eine Liste zivilen Widerstands. Auch diese bei Weitem nicht vollständig.

Seit Jahrzehnten kämpfen viele Menschen Seite an Seite gegen Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung, Ausgrenzung und Hass. Seit vielen Jahren beobachten wir dennoch den sogenannten „Rechtsruck“. Wir mussten hinnehmen, dass eine rassistisch-faschistische Partei wie die AfD in unsere Landesparlamente und in den Deutschen Bundestag gewählt wurde. Seit Jahren vergiftet diese unsere Sprache und die Debatten in unseren Parlamenten, auf öffentlichen Veranstaltungen, in den Medien und auf der Straße. Bejubelt und gefeiert von sogenannten „Wutbürger*innen“, die sich und ihre Partei legitimieren durch Wahlen in einer Demokratie, die sie selbst mit Füßen treten und auf die sie in Wahrheit keinen Cent geben. Eine Demokratie, in der Menschenrechte, Sicherheit und Schutz nur für sie gelten, aber nicht für „die anderen“.

Die sogenannte Alternative für Deutschland ist angetreten, um Unsicherheit und Misstrauen in der Gesellschaft zu säen. Sie ist angetreten, um parlamentarische Abläufe zu behindern und zu chaotisieren. Was dies bedeutet, mussten wir zuletzt in Thüringen erleben. Durch die unsägliche und demokratiefeindliche Scharade der AfD befand sich das Bundesland vier Wochen lang in einer Regierungskrise. Dabei wurde sie willfährig unterstützt von den Fraktionen der FDP und der CDU. Ein Trauerspiel für unsere Demokratie und ein weiteres Warnsignal für die Zukunft.

Ein Warnsignal deshalb, weil wir deutlich erlebt haben, wie fragil unsere Demokratie sein kann. So fragil, dass eine Horde von AfDler*innen eine Landesregierung lahmlegt und Parteien wie FDP und CDU ihre eigenen Unzulänglichkeiten schmerzhaft vor Augen geführt werden. So fragil, dass Menschen auf die Straße gehen müssen, um die Politik daran zu erinnern, dass man keine Nazis wählt. Von einem Dammbuch war die Rede. Die Frage bleibt, für wie viele Dammbüche wir zukünftig Sandsäcke vorrätig haben.

■ Claudia Schulte, Bezirksverordnete

Überlasst die Demokratie dem Zufall

Die Initiative „Es geht LOS“ plädiert dafür, Bürger*innenbeteiligung neu zu denken. Ein Kreuz alle vier Jahre allein macht noch keine Demokratie – Demokratie lebt vom gemeinsamen Austausch aller Menschen. Die Initiative sieht in gelosten, zufallsbasierten Bürger*innenräten die Chance, genau diesen Austausch wieder zu beleben. Ein Plädoyer für eine mutige Weiterentwicklung demokratischer Verfahren.

Stellen Sie sich vor, Sie bekommen einen Brief: „Sie sind ausgewählt für einen Bürger*innenrat. Sie gestalten Politik. Ihre Stimme zählt.“ Ein Brief, der vier Tage lang politische Entscheidungsfindung, Diskussionen mit unterschiedlichen Menschen, Behandlung eines politischen Problems und am Ende dessen Lösung verspricht. Ein Brief, der Sie für kurze Zeit zum/zur exklusiven politischen Berater*in des Deutschen Bundestages macht. Würden Sie mitmachen?

„Die da oben machen, was sie wollen“, „Meine Stimme zählt eh nicht“, – wer kennt solche Sprüche nicht? Wer hat nicht selbst schon mal gedacht, dass das eigene Kreuz nicht wirklich ins Gewicht fällt? Wer hat nicht eigene Ideen, was sich ändern soll, aber nicht die passende Partei? Keine Zeit sich zu engagieren?

Politikverdrossenheit ist kein neues Phänomen, es beschäftigt Medien und Wissenschaft schon seit vielen Jahren. In den letzten Jahren kommt ein neues Problem hinzu: Filterblasen und Echokammern, verstärkt durch Medien wie etwa Facebook, Twitter und Instagram. Probleme werden nur noch innerhalb der eigenen gesellschaftlichen Blase diskutiert, andere Sichtweisen und Meinungen dagegen erfährt man nicht. Zusätzlich sind viele Beteiligungsformen exklusiv und sozial selektiv, sodass häufig marginalisierte Stimmen ungehört bleiben.

Politik gestalten ohne Vollzeit-Engagement? Mitdiskutieren ohne Parteibuch? Mehr als Wählen? Ja, per Los. In Bürger*innenräten werden die Teilnehmenden per Zufallsauswahl ausgelost. Bürger*innenräte funktionieren als beratende Gremien zu bestehenden Parlamenten und erarbeiten Handlungsempfehlungen direkt aus der Bürger*innenschaft. Sie tagen von vier Tagen bis zu fünf Wochenenden. Sie

werden begleitet von Expert*innen und professioneller Moderation. Man erhält eine Aufwandsentschädigung.

Zufallsauswahl bedeutet: Es kann jede*n treffen. Und das bedeutet auch: Jede*r kommt mit jeder*m ins Gespräch. Investmentbankerin und Hausmeister, Rentnerin und Hauptschüler, Geschäftsführer und Tanzlehrerin. So findet gesamtgesellschaftlicher Austausch im Kleinen statt.

Ja, das kostet Zeit. Und ist anstrengend. Doch das ist es für Berufspolitiker*innen auch. „Die da oben machen, was sie wollen?“ – Kontrollieren wir sie besser! Helfen wir ihnen! Erarbeiten wir ihnen Vorschläge, die dank der einzigartigen Zusammensetzung von Bürger*innenräten die Vielfalt gesellschaftlicher Meinungen widerspiegelt und eine einvernehmliche Lösung bieten. Untergraben wir Mechanismen, die zu Lobbyismus und Politikverdrossenheit führen. Moderation bietet eine ganz neue Art von Gesprächsführung, die nicht anhand der Logik von Wiederwahl und Parteibuch laufen. Die Begleitung durch Expert*innen stellt außerdem sicher, dass jeder Mensch, ob mit oder ohne Vorwissen, sich einbringen kann.

Bürger*innenräte bringen auf den Punkt, was Politik im besten Fall bedeutet: die gemeinsame Gestaltung der Gesellschaft und dass deren gerechte, plurale und offene Form nur durch die Beteiligung aller erreicht werden kann. Was würden Sie also machen, wenn sie einen Brief bekommen? Es muss nicht nur der Gang ins Wahllokal sein, der als demokratische Tugend gilt. Manchmal kann es auch der Gang zum Briefkasten sein.

Mehr Informationen unter:
<https://www.esgehtlos.org/>

■ Katharina Liesenberg

Rendite statt Kunst?

Wieder einmal sind Künstler*innen und Kreative in Kreuzberg akut von Verdrängung bedroht. Diesmal trifft es eine Ateliergemeinschaft in der Glogauer Straße 6. Und dies ist nur eines von mehreren Beispielen in einer Kette von Verdrängung künstlerischer Arbeitsgemeinschaften in unserem Bezirk. Eine Entwicklung, die einige Immobilienbesitzer*innen reicher macht, Friedrichshain-Kreuzberg und uns alle aber ärmer.



Glogauer 06

Foto: Privat

Schon seit 2006 existiert die Ateliergemeinschaft in ihren bei der Berliner Immobilienfirma Kuthe Immobilien-Holding GmbH gemieteten Räumen in einem Hinterhof der Glogauer Straße 6. Zur Zeit arbeiten hier neben den Künstler*innen Clemens von Wedemeyer, Joa Herrenknecht und Laura Horelli als Hauptmieter*innen noch Raphael Grisey und Heba Amin. Alle fünf bekannte Namen in der Kunstszene.

Diese Ateliergemeinschaft ist eine der letzten verbliebenen Gemeinschaften in diesem für Kreuzberg so typischen Haus mit mehreren Gewerbehöfen und einer langen Geschichte als Atelierhaus seit den 80er Jahren. Schon nach der letzten Mieterhöhung von 5,50 auf 8,50 Euro mussten 2018 Künstler*innen wie Katja Strunz, Uwe Henneken

und weitere aufgeben. Auch andere bislang hier beheimatete Kleingewerbe, etwa eine Geigenbauerwerkstatt, sind schon weggezogen. Nun sollte die Miete in diesem Jahr mit 15,50 Euro erneut fast verdoppelt werden.

Nach Intervention und Verhandlungsversuchen der Künstler*innen mit der Eigentümerin, der Kuthe Immobilien-Holding GmbH, hat diese der Ateliergemeinschaft nun zum 31. Mai 2020 den Mietvertrag und jegliche darin enthaltene Verlängerungsoption gekündigt. Denn, so frohlocken die Eigentümer*innen: „In den letzten Jahren hat sich die Marktsituation in unserer Stadt im positiven Sinne dynamisch entwickelt. Diese Entwicklung blieb nicht ohne Einfluss auf den Mietmarkt für Gewerbeflächen, insbesondere auch in Kreuzberg“. Ziel - laut Eigentümer bei Neuvermietung durchaus möglich - sind 22 Euro pro Quadratmeter. Unbezahlfähig selbst für etablierte Künstler*innen.

Schreiben gegen Machtlosigkeit

Und wieder einmal sind Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung weitgehend machtlos gegen diese Gier, die schon so viele Künstler*innen und Kreative aus unserem Bezirk vertrieben hat. Denn auch für Ateliers, Gallerien, Theater, Clubs etc., also alle künstlerischen Produktions- und Präsentationsstätten gilt ebenso wie etwa für soziale Einrichtungen das Gewerbemietrecht. Und in diesem ist keinerlei Schutz vor kurzfristigen Kündigungen oder unbegrenzten Mieterhöhungen verankert. Es herrscht der pure Markt.

Doch da diese GmbH sich selbst als alteingesessenes Berliner Familienunternehmen bezeichnet und einer der Geschäftsführer, Stefan Freymuth offensichtlich zumindest geschäftlich durchaus kulturell interessiert ist, bestand zunächst die Hoffnung, dass die Eigentümer*innen aus Sorge um ihr Image oder gar tieferer Einsicht einlenken könnten.

Denn sind es doch gerade jene, die sie mit ihren maßlosen Mieterhöhungen verdrängen, die durch ihre Arbeit und deren Ausstrahlung die Kieze so attraktiv und damit letztlich ihre Immobilien so wertvoll machen. Und so haben zunächst Canan Bayram und Cansel Kiziltepe

mitglieder des Bundestages), Marianne Burkhardt-Eulitz (Mitglied des Abgeordnetenhauses), Clara Herrmann (Kulturstadträtin von Friedrichshain-Kreuzberg), Klaus Lederer (Senator für Kultur und Europa) und ich als Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Bildung in Friedrichshain-Kreuzberg an die Geschäftsführung der Kuthe Immobilien-Holding geschrieben, sich dabei für den Verbleib der Ateliergemeinschaft eingesetzt und Gespräche angeboten.

Darüber hinaus haben über 30 Initiativen und Institutionen sich in einem Kiezbrief an die Eigentümer*innen gewandt und sich für die Ateliergemeinschaft eingesetzt.

Die Reaktion dieses sogenannten Berliner Familienbetriebes: Keine Antwort. Bei telefonischen Nachfragen bei der Geschäftsführung des Unternehmens entsteht eher der Eindruck, dass man nicht so recht verstehe, weshalb sich gewählte Volksvertreterinnen oder Amtsträger auf Bezirks- und Landesebene in „interne Vertragsangelegenheiten“ einmischen und dies offensichtlich auch nicht sonderlich schätzt.

Die Antwort bleibt aus

Mehr noch: Inzwischen werden die Räume der Ateliergemeinschaft auf Immo Scout 24 als „Topstandort zwischen Landwehrkanal und Skalitzer Straße“ für 5.500 Euro plus 484 Euro Nebenkosten monatlich ab 1.11.2020 angeboten. In der Objektbeschreibung heißt es: „Das ehemalige Fabrikgebäude, in dem sich die Fläche befindet, wurde im Laufe der Jahre behutsam modernisiert und fand Zuspruch bei unterschiedlichen Branchen und Nutzer*innengruppen, die hier heute Teil einer vielfältigen Mieterstruktur sind und eine ihren Bedürfnissen entsprechende Nutzung realisieren konnten. (...)“

Offensichtlich versteht da jemand nicht, dass er gerade dabei ist, eben jene „vielfältige Mieterstruktur“ meistbietend zu zerstören.

Dieses Beispiel zeigt: Wir brauchen dringend gesetzliche Instrumente des Milieuschutzes auch für Gewerbe um die Vielfalt unseres Bezirkes erhalten und seine Künstler*innen vor Verdrängung zu schützen und gierige Immobilienbesitzer*innen in ihre Schranken zu verweisen. Zwar haben Bündnis 90/Die Grünen sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene hierzu Gesetzesinitiativen gestartet. Doch für die Künstler*innen in der Glogauer 6 wird all dies zu spät kommen. Deshalb bleibt jetzt nur Widerstand und Öffentlichkeit. Unterstützen Sie die Künstler*innen und schreiben Sie an dieses selbsternannte Berliner Familienunternehmen:

Arnold Kuthe Immobilienverwaltungs GmbH, Brunsbütteler Damm 120-130, 13581 Berlin, E-Mail: kontakt@kuthe.de

Oder unterschreiben Sie die Petition Glogauer Straße 6 bleibt! online: <http://chnng.it/nz4dqwm6qj>

■ Werner Heck,
Bezirksverordneter

Stadtbodenstiftung kommt

Angesichts der extrem gestiegenen Mieten muss ein Bündel von Maßnahmen her. Dabei muss der Grundstücksmarkt mehr ins Visier genommen und gemeinwohlorientiert gestaltet werden.

Der Mietendeckel soll die Spekulationsspirale stoppen. Nichts hat im letzten Jahrzehnt so zugelegt wie die Bodenpreise. Sicherlich hat dies mit den verknappten städtischen Bauflächen zu tun. Aber nicht nur. Besonders preistreibend sind Spekulation und Renditejagd.

Die öffentliche Hand allein kann das nicht richten – und der Markt erst recht nicht! Wenn wir die Wohnraumversorgung schnell umkrempeln und sozialer, gerechter, abseits der Marktlogik von „Wohnen als Ware“ gestalten wollen, dann sind wir auf zivilgesellschaftliche, nichtprofit- und gemeinwohlorientierte Akteur*innen angewiesen. Rot-Rot-Grün soll die Rahmenbedingungen setzen, damit jene, die dauerhaft günstiges Wohnen sowie soziale, kulturelle und gewerbliche Nutzungen schaffen und sichern, effektiv und unbürokratisch unterstützt werden. Die Stadtbodenstiftung ist einer dieser Akteure, die diese Aufwertungsspirale stoppen können.

Entstehung der Stadtbodenstiftung

Die Stadtbodenstiftung will Boden dauerhaft dem Markt entziehen, das Recht auf Wohnen vor allem

für weniger privilegierte Menschen durchsetzen, Nachbarschaften aktivieren sowie transparente und demokratische Strukturen in der Stadt-, Wohnungs- und Bodenpolitik fördern.

Die Stiftung agiert als Treuhänderin von gekauften oder geschenkten Immobilien. Sie teilt die Immobilie, behält das Grundstück und vergibt Erbbaurechtsverträge für die bereits bestehenden oder zukünftigen Nutzungen an gemeinwohlorientierte Betreiber*innen wie Genossenschaften, soziale Träger*innen, selbstverwaltete Häuser, das Miethäuser Syndikat, Gewerbetreibende oder Nachbarschaftsvereine. Die langfristigen – i. d. R. über 99 Jahre – abgeschlossenen Erbbaurechtsverträge garantieren die sozialen und ökologischen Stiftungsziele. Der moderate Erbbauszins deckt neben dem Stiftungsbetrieb die Finanzierung weiterer Ankäufe.

Dass die Anfänge in Friedrichshain-Kreuzberg zu finden sind, überrascht wenig. Unser grüner Baustadtrat Florian Schmidt hat den Anstoß für die erste Community-Land-Trust-Initiative in Deutschland gegeben. Auch unsere Landespolitiker*innen im Abgeordnetenhaus unterstützen die Idee und haben bei den Verhandlungen zum Landeshaushalt 20/21

eine Anschubfinanzierung für die Stadtbodenstiftung errungen.

Demokratisch und transparent

Die Stadtbodenstiftung besteht aus drei Organen: Das basisdemokratische Stiftungskomitee, das die Mitgliederversammlung von Nutzer*innen, Nachbar*innen und Stifter*innen ist. Diese wählen ihre Vertreter*innen in das Kuratorium, das aus 13 Personen besteht. Das Kuratorium bestellt den Vorstand, der das Alltagsgeschäft erledigt. Darüber hinaus unterstützen Beiräte und Arbeitsgruppen die Arbeit der Organe, derzeit aktiv in den Bereichen Kampagne, Öffentlichkeitsarbeit, Nachbarschaftsaktivierung, Zustiftungen, Community-Grundätze. Gerade für die Kampagne ist jede helfende Hand willkommen. Neben der ehrenamtlichen Mitarbeit bei den Arbeitsgruppen helfen Mundpropaganda, Spenden oder sogar die Zustiftung von Grundstücken.

Für mehr Infos schaut unter:
stadtbodenstiftung.de

Für konkrete Fragen schreibt an:
theo.ioannidis@stadtbodenstiftung.de

■ Theo Ioannidis

Nach Hanau – Was tun gegen Hass und Rassismus?

Drei rechtsextremistische Mordanschläge innerhalb eines Jahres: Im März 2019 Walter Lübcke, im Oktober der Anschlag in Halle im Februar 2020 die neun Ermordeten in Hanau. Und es wird nicht der letzte Anschlag sein.

Immer wieder: Entsetzen, Trauer, Wut. Diese Eskalation rechtsextremen Terrors kann niemandem kalt lassen. Immerhin gibt es nun endlich erste Anzeichen dafür, dass auch in der Bundesregierung eine ernsthafte Debatte beginnt, wie Hass und rassistische Gewalt konkret und wirksam bekämpft werden können. Und dabei geht es nicht allein um Sicherheitsfragen.

Ein Rückblick: Seit der verspäteten öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Holocaust konnte die Bundesrepublik beginnen, ein ehrliches und freundlicheres Selbstbild zu entwerfen, autoritäre oder faschistische Versuchungen schienen der Vergangenheit anzugehören und der Mainstream war überzeugt, die Parteigründungen der Neuen Rechten würden letztlich im Sande verlaufen. Rechtsextreme Attacken galten als Einzelfälle. Diese selbstgewisse Erzählung war seit je allzu glatt, ja sie hatte etwas Narzisstisches an sich. Heute gilt es zu begreifen, was nach dem NSU, Halle und jetzt „nach Hanau“ längst offenkundig ist: Es gibt eine hochgefährliche Dynamik rechtsterroristischer Attentate, die auf die Zerstörung der Bundesrepublik zielen.

Immerhin spricht Angela Merkel jetzt von Rassismus und nicht von „Fremdenfeindlichkeit“. Eine klare Sprache ist äußerst wichtig. Der hessische Innenminister sprach nach den Morden in Hanau nur von einem „fremdenfeindlichen Hintergrund“. Schluss mit den verharmlosenden Plastikwörtern! Es geht um Rassismus

und blanke Mordlust. Wir Grüne haben am 1. März einen Aktionsplan entworfen, der Antworten auf die vielen staatlichen Versäumnisse beim Kampf gegen Rechts gibt und plädiert für eine*n Antirassismusbeauftragte*n der Bundesregierung mit umfassenden Verantwortlichkeiten. In Brandenburg wurde bereits 2013 der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus in die Landesverfassung aufgenommen.

Viele unerledigte Sicherheitsfragen

Im Februar hat die Bundesregierung bereits ein Gesetz verabschiedet, wonach Provider Hasspostings dem Bundeskriminalamt melden müssen und härter bestraft werden. Das BKA baut seine Abteilung gegen Rechtsextremismus aus und durchleuchtet die Szene intensiver, einschließlich der Onlineportale. Wir setzen uns für den Aufbau von Schwerpunktstaatsanwaltschaften gegen Rechtsextremismus ein. Ganz wichtig: Es fehlt noch immer eine zentrale Hotline für Menschen, die von rechter Gewalt bedroht sind. Weiter ist es höchste Zeit für eine Komplettbeobachtung der AfD durch einen grunderneuten Verfassungsschutz. Dass der „Flügel“ und der Parteienwachstums der AfD als „Verdachtsfälle“ beobachtet werden reicht nicht, denn diese Partei im Ganzen ist eindeutig der Brandbeschleuniger des rechten Terrors – und sie weiß dies ganz genau! Um dieses Aufgabenspektrum effektiv

bewältigen zu können, fordern wir auch die Einrichtung eines von der Bundesregierung finanzierten wissenschaftlichen Forschungsinstituts zu Rechtsextremismus, Demokratiefeindlichkeit und der Dynamik von Radikalisierungsprozessen, um präzise Grundlagen für Gegenmaßnahmen zu schaffen. Sicher gestellt werden muss, dass Polizei, Bundeswehr, Verfassungsschutz und andere Behörden ihr Rechtsextremismusproblem in den eigenen Reihen konsequent angehen und notwendige Schulungen vornehmen.

Ein Grundproblem bei allen Sicherheitsmaßnahmen bleibt: Wie erkennt man Rechtsextremist*innen und potenzielle Attentäter*innen, wenn diese nicht auffällig werden? Freunde, Bekannte oder die Familie bemerken manchmal Signale, die sie aber nicht immer ernst nehmen. Im Schützenverein des Hanauer Attentäters habe man nichts bemerkt, heißt es. Allerdings breitete er seine Wahnvorstellungen und „Umwolkungs“fantasien im November 2019 in einem Brief an die Bundesanwaltschaft aus, der ohne Folgen blieb, da sie außerhalb von Ermittlungen keinen Zugriff auf das Waffenregister habe. Da wäre eine Meldung an ein Gesundheitsamt, eine Beratungsstelle gegen Rechts oder das Exit-Projekt der nötige Schritt gewesen, ebenso übrigens wie wenn man selbst einen klaren Verdachtsfall entdeckt hat. Wir leben in Zeiten, in denen es mehr denn je wichtig geworden ist, unsere Aufmerksamkeit für rechte Tendenzen im Alltag zu schär-

fen. Die Aufmerksamkeit beginnt mit dem Mut zu widersprechen, wenn Ressentiments artikuliert werden.

Demokratische Kultur stärken

Das Bundesprogramm „Demokratie leben“, das von zahlreichen Trägern und Initiativen umgesetzt wird, ist heute eindeutig unterfinanziert. Demokratieförderung und Extremismusprävention sollten aus grüner Sicht mit 200 Millionen jährlich arbeiten können. In einer Gesellschaft der bedrohten Vielfalt müssen deutlich mehr Empowermentprojekte insbesondere für Menschen, die zu den potentiellen Opfern von Attentaten zählen, angeboten werden. Islamverbände fordern zu recht einen besseren Schutz ihrer Einrichtungen, besonders der Gebetshäuser. Immer mehr Besucher*innen von Moscheen sind geplagt von Ängsten, es könnte etwas passieren.

Auch die Kulturpolitik ist gefragt: Die Künste haben wegen ihres emotionalen Zugangs zur Realität eine besondere Wirkungskraft. Kunstaktionen im öffentlichen Raum, Fotoausstellungen zur Geschichte der Migration, Dokumentationen über die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost und West, Portraits einzelner Communities und ihrer Erfahrungen können die Lebensbedingungen und Selbstverständlichkeiten einer Gesellschaft der Diversität zeigen und vieles mehr. Dies gilt auch für die Literatur. Sowohl in Galerien, großen und be-

zirklischen Museen, Kinos, Kulturzentren oder sogar in den Straßen können die Künste Aufmerksamkeit erregen. Kundgebungen dürfen gerne stärker von zugewanderten Musiker*innen unterstützt werden, wie dies in Erfurt geschah, der Karneval der Kulturen darf sich gerne an seinen Ursprung erinnern: Nein zu jeglichem Rassismus.

Schon 2013 forderte der NSU-Untersuchungsausschuss ein Demokratiefördergesetz, das es bis heute nicht gibt. Es würde dazu beitragen, dass die Kultur- und Bildungsangebote vor Ort in der Zivilgesellschaft noch besser ankommen: in Schulen, Vereinen, Jugendzentren, Initiativen, kommunalen Einrichtungen. Wir wollen auch eine deutliche Stärkung des antirassistischen Lernens und die Einbeziehung der deutschen Kolonialgeschichte in den Schulen. Es ist sehr bewegend zu sehen, wie etwa im Kreuzberger Robert-Koch-Gymnasium Plakate mit den Namen, den Gesichtern und einem Kurzportrait der neun Opfer aus Hanau das Nachdenken und die Empathie wachhalten.

Das Ziel der Rechtsextremen ist, Menschen, die ihnen nicht gefallen, einzuschüchtern und aus dem Leben zu verdrängen. Es ist höchste Zeit, die Aktionen der Neuen Rechten sowohl mit effektiven staatlichen Maßnahmen wie mit sehr fantasievollen Initiativen der Zivilgesellschaft zu stoppen.

■ Wolfgang Lenk,
Bezirksverordneter

Lula in Berlin – Brasilien am Abgrund

Anfang März war Luiz Inácio Lula da Silva für 5 Tage zu Gast in Berlin. Der 74-jährige Lula war von Januar 2003 bis Januar 2011 Präsident in Brasilien. Heute leidet das Land unter seinem derzeitigen Präsidenten und unter COVID-19.

Viele Anhänger*innen der Arbeiterpartei Brasiliens trotzten Wind und Regen und scheuten keine lange Schlange vor dem Festsaal Kreuzberg, um den „ewigen Präsidenten“ zu hören. Als Veranstalter fungierten unzähligen NGOs sowie die Gewerkschaft IG Metall und die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Lula nach Berlin einlud. An jenem Abend wurde der Festsaal zur Bühne seiner Rehabilitation im Rahmen seiner Europareise, nach 580 Tagen Gefängnis.

An jenem Abend des 10. März, gerade mal zwei Tage vor der Zuspitzung der Lage um das Corona-Virus, blickte man aus der Bühnenperspektive auf ein Meer aus roten T-Shirts und Mützen mit den Aufschriften „PT“ (Arbeiterpartei).

Begleitet wurde Lula von seiner neuen Lebenspartnerin, der Soziologin Rosângela da Silva, und vom Leiter der Landlosenbewegung MST. Hauptziel der Bewegung ist die Besetzung von Großgrundbesitz, sei es dort, wo das Land als Spekulationsobjekt brachliegt oder dort, wo schwerwiegend gegen Umwelt- und Arbeitsgesetze verstoßen wird.

Eigenlob über alles

Die einzige öffentliche Veranstaltung während seines Besuchs in der Hauptstadt hatte den Charakter eines Monologs. Lula sprach eine knappe Stunde über seine Regierungszeit und darüber, welche Maßnahmen er im Sinne der Arbeiter*innen vorgenommen habe. Die Kritik an der jetzigen Regierung dagegen fiel mild aus, besonders in Bezug auf den damaligen Bundesrichter Sergio Moro, der Lula nur anhand von Indizien ins Gefängnis brachte („Ich werde nicht sagen, was für ein Richter das ist“). Die Ergänzungen (nicht immer jugendfrei) kamen vom Publikum selbst.



Lula in Berlin

Foto: Fátima Lacerda

Stolz erzählte der ehemalige Gewerkschafter über die Wohltaten seiner Regierung und der seiner Nachfolgerin, Dilma Rousseff (2011 bis 2016). Auch von seiner Audienz bei Papst Franziskus, im März diesen Jahres, berichtete er ausführlich und seine Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Paris erwähnte er in genüsslicher Manier.

In Berlin ließ sich Lula pünktlich zum Weltfrauentag am Mahmal von Rosa Luxemburg von seinem Hoffotografen Ricardo Stuckert ablichten und schickte über seinen Twitteraccount eine Botschaft an die Frauen der Landlosenbewegung, die an jenem Wochenende ihr erstes bundesweites Treffen abhielten. Frauen zu loben kommt immer gut an. Bei seiner neuen Liebe und Lebensgefährtin machte er sich hingegen

nicht einmal die Mühe, sie dem Publikum als Anhängerin der Partei und Soziologin vorzustellen. Stattdessen erzählte er ausführlich und leidenschaftlich aus dem Nähkästchen, wie beide zusammenkommen sind („Sie schrieb mir jeden Tag im Gefängnis Briefe“) und fügte später am Abend noch hinzu: „Ich will in diesem Leben noch heiraten“.

Kein Wort zu den Fehlern seiner Partei oder gar seiner Regierung. Selbstkritik? Keine Spur. Lula ist Vergangenheit. Auch wenn viele an jenem Abend erleichtert und glücklich waren, den ehemaligen Präsidenten in Berlin live zu erleben, bleibt die Zukunft seiner 40jährigen, geschwächten Partei heute politisch wie juristisch so unklar wie nie zuvor. Nicht einmal ein Hauch einer Einschätzung der Handlungsspielräume für die diesjährigen Regionalwahlen, als auch für die Zeit nach Bolsonaro, war zu hören.

Nachdem das Virus auch in Brasilien angekommen war, wurde klar, dass es den Linken nicht gelingen würde, Bolsonaro, der sich weiterhin in dichte Menschenansammlungen begibt und dadurch Leben riskiert, in seinem unfähigen und gar verbrecherischen Umgang mit der Corona-Krise zur Raison zu bringen.

Ein Land am Abgrund

Die Welt muss gegen ein tödliches Virus kämpfen, Brasilien dagegen hat zwei mörderische Gegner: COVID 19 und Jair Bolsonaro. Der ehemalige Fallschirmspringer und überzeugte Militarist ignoriert die Anwei-

sungen der WHO und seines eigenen Gesundheitsministers, geht demonstrativ händeschüttelnd unter Volk, bezeichnet die Corona-Infektion als eine „kleine Erkältung“, schwört auf Medikamente wie Chloroquin & Hydroxychloroquin, ignoriert die Wissenschaft und ihre Virolog*innen und verspricht, Brasilien werde als erstes Land einen Impfstoff gegen das Virus herstellen und „die Welt retten“.

Der Gesundheitsminister Henrique Mandetta plädierte zunächst für eine Quarantäne ausschließlich für Risikopatient*innen, während die restliche Bevölkerung weiter arbeiten gehen solle, um die Wirtschaft anzukurbeln. Nach heftiger Kritik aus den Medien und aus den Netzwerken änderte der Gesundheitsminister seine Linie, plädiert nun für die allgemeine Quarantäne und zitiert oft die WHO. Bolsonaro wiederum fasst dies als Majestätsbeleidigung auf und lies Rücktrittsforderungen laut werden.

Es wird einsam um den Präsidenten. Seine drei wichtigsten Verbündeten, der Justizminister, der Präsident des Abgeordnetenhauses und der Wirtschaftsminister, wenden sich von ihm ab. Letzterer begab sich in freiwillige Quarantäne in seine Villa in Rio de Janeiro und war nur per Telefon zu erreichen.

Bolsonaro wurde am 2. April beim Menschenrechtstribunal in Den Haag angezeigt. Kläger ist der Verband brasilianischer „Juristen für Demokratie“. Der Vorwurf lautet: Genozid. Aus der Sicht der Juristen begehe Bolsonaro ein „Verbrechen gegen die Menschheit“, durch unverantwortliches Handeln und Untätigkeit und riskiere dadurch Menschenleben.

■ Fátima Lacerda

Zukunft Görli

Für den 21. und 22. Februar 2020 hatte der Parkrat Görli der Park in Kooperation mit dem Straßen- und Grünflächenamt Friedrichshain-Kreuzberg in die Stadtwerkstatt Berlin zur Fachtagung „Zukunft Görli“ eingeladen.

Die Fragestellung lautete: „Wie stellen wir uns den Görli der Park 2030 vor? Welche Lösungen können den Status Quo verbessern? Welche Akteur*innen müssen dafür zusammenarbeiten?“

Diskutiert wurden diese Fragen in fünf Arbeitsgruppen: 1. Sicherheit, 2. Kultur, Sport und Freizeit, 3. Kommunikation und Zusammenarbeit, 4. Parkgestaltung und 5. Soziale Arbeit. Komplettiert wurde das Programm durch interessante Impulsvorträge von Dr. Cordelia Polinna (Urban Catalyst) zum Thema „Trends und Herausforderungen öffentlicher Räume“, von Leonard Grosch (Atelier Loidl) zum Thema „Vision Großstadtparks

heute“ und von Frau Dr. Franziska Becker (Ethnologin) zum Thema „Öffentlicher Raum als Sozialraum“. Für die nötige Lockerung von Körper und Geist sorgte das „Warm up Görli“ von Paula Leu (Coach für Präsenz & Begegnung).

Teilnehmer*innen der Fachtagung waren u. a. Expert*innen der jeweiligen Fachstellen in den Verwaltungen des Bezirks und der Senatsverwaltung, Sozialarbeiter*innen von Trägern und Initiativen in und um den Park sowie Beamt*innen des zuständigen Polizeiabschnitts.

Nach einer Einführung durch Parkrat und SGA und einer kurzen Rückschau auf das von Anwohner*innen und Bezirk erarbeitete Handlungskonzept Görli der Park versammelten sich die Teilnehmer*innen in ihren jeweiligen Arbeitsgruppen, um den Status Quo und eine Potenzialanalyse zu ermitteln. Die entsprechenden Arbeitsergebnisse wurden am Nach-

mittag in großer Runde vorgestellt. Am zweiten Tagungstag sollten dann wiederum in den einzelnen Arbeitsgruppen die Visionen für den Görli 2030 entwickelt werden. Auch hier wurden die Arbeitsergebnisse am Nachmittag vorgestellt.

Die von den ehrenamtlichen Mitgliedern des Parkrats sehr professionell organisierte Fachtagung hat gezeigt, dass sich eine Vielzahl äußerst engagierter und kompetenter Menschen mit der Gestaltung und Entwicklung unseres „Görli“ auseinandersetzen. Nachbarschaftliche Belange flossen ebenso wie Bedarfe der Parknutzer*innen und Ansprüche an einen zentralen Sozialraum wie den Görli der Park in die Diskussion ein.

Die Veröffentlichung der Dokumentation mit den Ergebnissen der Fachtagung ist in Arbeit.

■ Claudia Schulte,
Bezirksverordnete



Obstbäume im Görli, April 2020

Foto: ha

Grün(er) geht es weiter

Im Dezember vergangenen Jahres wurde der Doppelhaushalt für die Jahre 2020 und 2021 beschlossen. Besonders in den Bereichen Stadtgrün und Stadtnatur wird mehr Geld bereitgestellt und die Bezirke besser unterstützt. Aber auch im Bereich der Ernährungswende wird das finanzielle Fundament gestärkt.

Im Bereich Naturschutz, Umwelt- und Naturbildung waren die letzten Haushaltsverhandlungen aus Grüner Sicht sehr erfolgreich. Mit diesem Haushalt stärken wir Grüne das Stadtgrün und die Stadtnatur gegen den fortschreitenden Klimawandel. Auch die Zivilgesellschaft in diesen Bereichen wird nochmal deutlich stärker gefördert – viele Vereine und Initiativen bekommen mehr Haushaltsmittel für ihre engagierte Arbeit für unsere Stadt.

Besonders erfreulich ist, dass in 2020/21 in der Baumpflege und im Baumschutz radikal investiert wird. Bereits seit Jahren setze ich mich dafür ein, dass bei Stadtbäumen, dem Stadtgrün und dem Naturschutz mehr Haushaltsmittel für die bezirklichen Grünflächenämter zur Verfügung gestellt werden. Zur Einordnung: im Jahr 2001 hat Berlin pro Straßenbaum und Jahr 61 Euro für die Pflege ausgegeben. In den Folge Jahren unter tot-roten und rot-schwarzen Regierungen wurden die Mittel radikal zusammengestrichen, sodass zuletzt für jeden Straßenbaum pro Jahr nur noch 47 Euro zur Verfügung standen und viele Berliner Straßenbäume nicht mehr ausreichend gepflegt wurden. Im Jahr 2020 und 2021 werden nun jeweils 14,8 Millionen Euro mehr an die Bezirke für die Baumpflege fließen und damit 80 Euro für jeden Straßenbaum.

Generell werden für die Grünflächenpflege und zur Stärkung der Straßen- und Grünflächenämter in den Bezirken 7 Millionen Euro (2020) und 14 Millionen Euro (2021) mehr

verausgibt. Mit dieser Haushaltsförderung können die bezirklichen Grünflächen- und Naturschutzämter endlich auch Personal einstellen. Des Weiteren wird auch das Grüne Projekt „Umwelt-, Naturbildungszentrum in jedem Bezirk“ finanziell aufgebaut und verstetigt.

Auch für die Berliner Forsten gibt es mehr Haushaltsmittel und 20 zusätzliche Personalstellen. Damit können sie den Umbau der Berliner Wälder von bisher vor allem Kiefernwäldern in artenreiche Mischwälder besser umsetzen und den Wald auf den Klimawandel, lang anhaltende Hitzeperioden und Waldbrände vorbereiten.

Essen ist politisch!

In den Koalitionsvertrag haben wir Grüne hinein verhandelt, dass eine Ernährungsstrategie für Berlin mit der Zivilgesellschaft entwickelt wird. Das Ziel war hierbei, dass sich die grüne Kernprogrammatik einer Agrarwende auch in einer Ernährungswende, die klimafreundlich, sozial gerecht und ökologisch zu gestalten ist, niederschlagen muss. Diese Berliner Ernährungsstrategie liegt als Senatsentwurf vor und wird voraussichtlich in diesem Frühjahr im Abgeordnetenhaus beschlossen. Sie ist bereits auf der Webseite der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung zu finden.

Es ist uns Grünen gelungen, hierfür eine finanzielle Grundlage zu schaffen: Jeweils 1,55 Millionen Euro werden in den Jahren 2020 und 2021 für

die Ernährungsstrategie bereitgestellt. Berlin errichtet im Rahmen dieser Strategie anlehnend an das Kopenhagener „House of Food“ die Kantine Zukunft Berlin. Die Oppositionsfraktionen hätten diese Haushaltsmittel übrigens gerne komplett gestrichen.

Ein starker Fokus der Ernährungsstrategie liegt auf der Gemeinschaftsverpflegung. So wurde von uns Grünen bereits erreicht, dass in den Schulen der Anteil an biologisch erzeugten Lebensmitteln auf 50 % bis 2021, von aktuell 15 % gesteigert wird. Mittel- bzw. langfristig ist das Grüne Ziel natürlich 100 %. Darüber hinaus wird beispielsweise auch die Ernährungsbildung gestärkt, die Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung intensiviert und sogenannte Lebensmittel-Punkte in den Kiezen geschaffen. Die Ernährungswende kann nur gelingen, wenn sie von unten kommt und nicht von oben verordnet wird. Daher ist es mir auch immer sehr wichtig gewesen, dass wir die Zivilgesellschaft in diesem Bereich mit mehr Finanzmitteln ausstatten, auch dies ist uns gelungen.

Ebenfalls sehr erfreulich ist, dass auf meine Initiative hin die Imkerei deutlich mehr gefördert und die Bienenkoordinierungsstelle an der Freien Universität geschaffen und finanziell unterstützt wird. Sie soll in Zukunft ein Anlaufpunkt für alle Imker*innen in Berlin zur Beratung und Vernetzung insbesondere bei Bienenkrankheiten sein.

■ Turgut Altug,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Xhain wird Zero Waste Bezirk

Von der Plastikflasche über den Pizzakarton bis zur Einkaufstüte, Wegwerfverpackungen sind allgegenwärtig. Alle zwei Stunden könnte man aus den entsorgten Einwegbechern in Friedrichshain-Kreuzberg einen Turm in Höhe des Berliner Fernsehturms bauen.

Die Folge sind vermüllte Parks, dreieckige Spielplätze und hohe Reinigungskosten. Am Ende landet der klimaschädlich produzierte Plastikbecher vielleicht noch im Ozean. Friedrichshain-Kreuzberg hat sich zum Ziel gesetzt, diese Müllflut zu stoppen und Zero Waste Bezirk zu werden. Dafür wurde bereits viel getan: Trinkbrunnen im öffentlichen Raum, Sperrmüllaktionen oder der Einsatz von Park- und Kiezläufer*innen. Doch wir wollen mehr. Gemeinsam mit Circular Berlin, BUND Berlin e.V. und der GRÜNEN LIGA Berlin e.V. hat Friedrichshain-Kreuzberg eine Zero-Waste-Strategie entwickelt, die als Leitfaden und Road-Map dienen soll. Friedrichshain-Kreuzberg lernt von guten Beispielen aus der ganzen Welt. In Wien braucht jede Großveranstaltung ein Abfallkonzept, es gibt einen stadtweiten Frühjahrsputz und Secondhand-Markt. Im philippinischen San Fernando sind Plastiktüten verboten, Einwegverpackungen mit einer Abgabe belegt. Eine Abgabe auf Einwegverpackungen fordern wir auch in Berlin einzuführen.

Um den Müll im gesamten Bezirk effektiv zu reduzieren, nutzt das Bezirksamt eine breite Palette an Maßnahmen. Dazu zählen die Installation von Wasserspendern in den Gebäuden des Bezirksamts, die Gründung von Zero-Waste-Nachbarschaftsinitiativen an Müllhotspots ebenso wie den Aufbau von Zigaretten-Kippen-Mülleimern oder das Verbot von Einweggrills in den öffentlichen Parks. Die Bibliothek der Dinge, durch die bereits jetzt verschiedene Gegenstände wie Musikinstrumente und Sportgeräte

ausgeliehen werden können, soll weiter ausgebaut und beispielsweise um Werkzeug ergänzt werden. Darüber hinaus werden noch in diesem Jahr umfassende Informationsmaterialien zur Abfallvermeidung für Veranstalter*innen bereitgestellt. Ab 2021 müssen dann alle Großveranstaltungen auf Basis der bis dahin zur Verfügung gestellten Musterformulare ein Abfallhandlungskonzept vorlegen. Außerdem wird ein Austausch zwischen den Wochenmarktbetreiber*innen zur Müllvermeidung angestoßen und begleitet.

Das alles zeigt: Kommunen können und sollen einen essenziellen Beitrag zur Abfallvermeidung leisten. Damit unterstützen sie den Schutz des Klimas und unserer Lebensgrundlagen auch für zukünftige Generationen. Als Zero Waste Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wollen wir mit lokalen Initiativen, Bürger*innen und der Wirtschaft zusammenarbeiten, um eine kreative und zielführende Auseinandersetzung mit dem Thema Müllvermeidung zu erreichen und Xhain sauberer, umweltfreundlicher und noch lebenswerter zu machen. Dabei verfolgen wir die Maxime: Der beste Abfall ist der, der gar nicht erst entsteht.

Wenn ihr mehr wissen wollt: <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/aemter/umwelt-und-naturschutzamt/aktuelles/artikel.881207.php>

■ Clara Herrmann,
Bezirksstadträtin für Finanzen,
Umwelt und Kultur

Beim Kinderschutz hört die Freundschaft auf

So lautete im Februar eine Twitter-Nachricht von mir. Auslöser dafür waren die Vorfälle an der Staatlichen Ballettschule und Schule für Artistik Berlin. Seit Herbst 2019 häuften sich Meldungen von Schüler*innen und Ehemaligen dieser Schule, welche demütigende und physisch und psychisch verletzende Vorfälle im Rahmen des pädagogischen Alltags an der Schule beschrieben.

Während die zuständige Senatsverwaltung aus meiner Sicht diese Meldungen nicht ernst genug nahm, habe ich mich gemeinsam mit meinen Koalitionskolleginnen und Vertreter*innen aus der Schüler*innenschaft über die Vorfälle und den pädagogischen Alltag an der Schule ausgetauscht. Die nachvollziehbar dargestellten Methoden von systematischem Drill, Mobbing und Bodyshaming spielen dabei eine zu große Rolle, als dass diese mit unseren Vorstellungen von Kinderschutz zu vereinbaren wären.

Die Staatliche Ballettschule und Schule für Artistik definiert sich als „leistungsorientierte Eliteschule“ und stellt dank großzügiger Zuwendungen aus den vergangenen Landeshaushalten eine der modernsten und am besten ausgestatteten Ausbildungsstätten für Ballett- und Artistik in der Bundesrepublik dar. Doch wie weit darf Elite gehen? Welchen Preis dürfen/müssen Kinder dafür zahlen? – Meine Koalitionskolleginnen und ich sind uns einig: nicht den einer von Schmerzen, Pein und Aufopferung geplagten Kindheit.

Diese Vorfälle zeigen uns wieder auf, wie wichtig es ist, den Kinderschutz rechtlich bindend im Schulgesetz zu verankern. Denn während Träger der freien Jugendhilfe, also Kitas,

Familienzentren und Jugendeinrichtungen Berlins jetzt schon verpflichtet sind, Kinderschutzkonzepte an ihren Einrichtungen umzusetzen, liegen diese Maßnahmen an Schulen in deren freiem Gestaltungsrahmen. Ein entsprechendes Fachgespräch im Abgeordnetenhaus im Dezember 2019 hat ergeben, dass nur einige wenige Schulen Berlins die Kapazitäten aufbringen, ein solches Schutzkonzept zu erarbeiten. Das wollen wir nun ändern.

Schulen sollen in Zukunft per Schulgesetz dazu verpflichtet werden, in enger fachlicher Zusammenarbeit mit dem pädagogischen Personal individuelle Schutzkonzepte zu erarbeiten. Diese sollen Maßnahmen der Prävention und der Intervention beinhalten, welche sowohl innerinstitutionell, also den Schutz innerhalb einer Einrichtung, als auch außerinstitutionell wirken sollen – und damit auch den Schutz bei einer möglichen Gefährdung durch das direkte Umfeld des Kindes erfassen.

Innerschulische Beschwerdesysteme mit entsprechend geschultem Personal gilt es systematisch aufzubauen. Denn oben genanntes Fachgespräch hat uns aufgezeigt, dass viele Vorfälle leider erst wahrgenommen werden, wenn sie in ihren weitreichenden Folgen schon geschehen sind. Die Warnsysteme greifen zu spät. So wie an der Ballettschule. Wir sind unseren Kindern eine sichere und geborgene Kindheit schuldig. Auch innerhalb von Elitekreisen. Deshalb ist, neben Aufarbeitung und Aufklärung der geschehenen Vorfälle, die rechtliche Einbindung des Kinderschutzes im Schulgesetz unser größtes Anliegen.

■ Marianne Burkert-Eulitz,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Fairplay durch Fairtrade im Sport

Seit 2018 ist Friedrichshain-Kreuzberg "Fair Trade Town". Damit gehört Xhain zu den Gemeinden und Bezirken in Deutschland, die sich bemühen, in möglichst vielen Bereichen den Kriterien des Fairen Handels zu entsprechen.

Wir wollen, dass nicht nur die Öffentliche Hand ihre Wirtschafts- und Vergabepolitik nach fairen Kriterien ausrichtet, sondern wünschen uns, dass die Zivilgesellschaft auf möglichst breiter Basis mitzieht.

Seit Ende der 1960er Jahre wird ein Großteil der produzierten Fußballbälle in Pakistan hergestellt. Dabei importiert Deutschland Fußballbälle seit Ende der 70er bzw. Anfang der 80er größtenteils aus Pakistan. Heute stammen 75 % der weltweit verkauften Fußballbälle aus Pakistan. Knapp 700 Hersteller produzierten jährlich 40-60 Millionen Fußballbälle. In dieser Industrie herrschen miserable Arbeitsbedingungen und Niedriglohn. Obwohl auch die pakistanische Verfassung die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen unter 14 Jahren verbietet, ist Kinderarbeit dort allgegenwärtig.

Unhaltbare Arbeitsbedingungen

Näher*innen arbeiten 7-Tage in der Woche bis zu 12 Stunden am Tag. Dabei werden die meisten aller Bälle handgenäht und nur 20 % der Bälle sind maschinell gefertigt. In Sialkot werden jährlich 40-60 Millionen Bälle hergestellt. Die Arbeitsbedingungen unter denen die meisten Näher*innen in Sialkot arbeiten entsprechen nicht den Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Hinzu kommen üblicherweise unbezahlte Überstunden und Gehälter, die in der Regel weit unterhalb des Mindestlohns liegen. Ein Ausweg aus dieser Situation können fair gehandelte Bälle und fair produzierte Sportbekleidung sein, die

seit mehreren Jahren auf dem deutschen Markt gehandelt werden und mit einem Fairtrade Siegel oder dem Gepa Logo versehen sind. Durch die Einhaltung der Fairtrade-Standards, werden die damit versehenen Artikel fair hergestellt. Diese basieren auf den ILO-Kernarbeitsnormen und umfassen u.a. die Umsetzung existenzsichernder Löhne innerhalb von sechs Jahren, die Stärkung der Arbeiter*innen durch Sicherheit am Arbeitsplatz, verbesserte Arbeitsbedingungen, einen Beschwerde-Mechanismus, Schulungen und Fortbildungsmaßnahmen sowie einen Mindestlohn, geregelte Arbeits- und Pausenzeiten, und den Zugang zu Trinkwasser.

Politik und Verbraucher*innen in der Pflicht

Die Politik sollte den Kauf von fair gehandelten Bällen und fair produzierter Sportbekleidung stärker unterstützen. Unser Bezirk ist seit geraumer Zeit „Fair Trade Town“ und setzt sich dafür ein, dass insbesondere fair gehandelte Bälle eine Alternative für Sportvereine sind. Im Landshaushalt wurden dazu Finanzmittel eingestellt die von den Sportvereinen beantragt und für faire Bälle verwendet werden können. Im Bezirk sollen nun alle Vereine besser darüber informiert werden. Handeln müssen am Ende immer noch die Verantwortlichen selbst. Als verantwortungsbewusste Verbraucher*innen.

■ **Jutta Schmidt-Stanojevic,**
Bezirksverordnete,
und **Philipp Evenburg**

Arbeit mit Vätern in Geflüchtetenfamilien

In unserer Gesprächsreihe zur psychosozialen Versorgung von Geflüchteten stellen wir Kinder und Familien in den Vordergrund mit dem Ziel, Handlungsempfehlungen für unsere politische Arbeit zu entwickeln. Schnell zeichnete sich als besonders dringliches Thema die „Arbeit mit Vätern“ ab. Wir haben uns mit Akteur*innen von Trägern, Ehrenamtlichen, Sprach- und Integrationsmittlerinnen in der Ausbildung, und Theoretiker*innen und Praktiker*innen der Männerarbeit über Erfahrungen, Defizite und Herausforderungen ausgetauscht.

Die Väter sind oft durch traumatische Erfahrungen destabilisiert, gleichzeitig aber entscheidend für die ganze Familie und ihr Leben in der neuen Gesellschaft. Am Anfang steht deshalb die menschliche Begegnung, am besten mit männlichen Muttersprachlern. Denn bevor sich ein gegebenenfalls traumatisierter Mensch im psychologischen Beratungsgespräch verletzlich zeigen kann, braucht er die Erfahrung, einfach mal reden und einen Kaffee trinken zu können, mal weinen und Papa sein zu können. Um in der Aufnahme-gesellschaft anzukommen, helfen gemeinsame Erlebnisse, wie z.B. gemeinsame Ausflüge von geflüchteten und Berliner Vätern. Denn Vertrauensbildung findet über Gemeinsamkeiten wie Kinder, Essen, Sport statt.

Ein Punkt war, dass häufig Wohnungssuche, schleppende Anerkennung von Berufsabschlüssen/Ausbildungszeiten, Arbeitssuche und Schwierigkeiten bei der Vaterschaftsanerkennung sehr belastend sind. Grundlegende Themen wie Sprachbarriere, das Verantwortungsgefühl für die ganze Familie und schließlich die Kulturunterschiede - Beratungsstrukturen sind oft aus dem Heimatland nicht bekannt -, und die Erfahrung, dass Männer sich schwerer tun, Hilfe zu suchen, ergänzen sich.

Um schneller aus dem Gefühl der Hilf- und Nutzlosigkeit herauszukommen, müsste v.a. der Weg zur eigenen Wohnung und in den Arbeitsmarkt geebnet sein. Für den Austausch sind Männercafés ein guter Ansatz in der Integrationsarbeit. Sie bieten einen geschützten Raum, und laden ein, in der Muttersprache auch über schwierige Themen, wie etwa Ängste in Bezug auf den Aufenthaltsstatus, zu sprechen. Erst danach ergeben sich Themen wie gewaltfreie Erziehung, Kochen, Heimweh etc..

Es wurde berichtet, dass es insgesamt mehr Angebote für geflüchtete Frauen gibt – sie erleben eher eine Stärkung ihrer Rechte, wohingegen Männer durch Flucht eine Schwächung erfahren. Das Rollenmodell vom Vater als Ernährer und von der Mutter, die für die Erziehung zuständig ist, wird durch den Bruch der Fluchterfahrung und den sozialen Abstieg in die Arbeitslosigkeit stark irritiert. Aber eine Stärkung der Frauen kann nur durch gleichzeitige Unterstützung der Männer gelingen. Oder wie es in einem arabischen Sprichwort heißt: „Mit einer Hand kann man nicht klatschen.“ Um diese Chance zu nutzen, muss die Politik offen und ressourcenorientiert das Gespräch suchen.

Ehrenamtliche sind für die Integrationsarbeit eine wichtige Stütze. Pro-

blematisch wird es, wenn sie nicht gut begleitet oder geschult werden und die Zusammenarbeit mit der Leitung der Unterkünfte nicht funktioniert, wenn Ehrenamtliche z.B. Missstände ansprechen – wie z.B. Kinderschutz in Gemeinschaftsunterkünften. Grundsätzliche Erfolgsfaktoren für eine gelungene Integrationsarbeit sind: kurze Fahrtwege zu Beratungsangeboten und keine oder wenig personelle Wechsel, Begegnung auf Augenhöhe, finanzielle und personelle Verstärkung der Angebote, Supervision für Ehrenamtliche, muttersprachliche Kontakte. So wächst das Vertrauen, indem zwischenmenschliche Beziehungen entstehen.

Wir Grüne im Abgeordnetenhaus fordern einen Ausbau der psychologischen und psychosozialen Versorgung in Berlin und ein Landesprogramm Videodolmetschern für die Sprachmittlung, wie in Thüringen. Außerdem werden wir die Anforderungen einer Migrationsgesellschaft bei der aktuellen Entwicklung des Familienförderungsgesetzes immer mit im Blick haben.

■ **Marianne Burkert-Eulitz und Bettina Jarasch,**
Mitglieder des
Abgeordnetenhauses

Von wegen Langeweile

Der bündnisgrüne Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg hat seinen Geschäftsführenden Ausschuss gewählt und die Geschäftsstelle neu besetzt. Am 25. Februar wurden auch die Delegierten für die Landesdelegiertenkonferenz gewählt.

Karl-Heinz Garcia Bergt hat sich, bevor er zum zehnten Mal für den Geschäftsführenden Ausschuss als Schatzmeister kandidiert gefragt, „Warum kandidierst du eigentlich für einen langweiligen Orgajob und dazu noch als Schatzmeister?“. Die Antwort darauf hat er von seinem GA-Kollegen Vasili Franco bekommen: „Weil wir uns für eine klare grün-linke Programmatik auf allen Ebenen einsetzen müssen“. Zusammen mit Aida Baghernjad, Johanna Haffner (beide wiedergewählt), Dorothee Marquardt, Anika Wiest, Enad Altaweel und Michael Schneiß (neu gewählt) bilden sie seit dem 25. Februar für etwa ein Jahr den GA des bündnisgrünen Kreisverbandes in Friedrichshain-Kreuzberg. Viel vor hat das achtköpfige, gleichberechtigte, quотиerte und ehrenamtliche Gremium, das die Geschicke der Partei für das nächste Jahr organisieren soll. Neben den wöchentlichen Sitzungen kommen Gremien, Aktionen, Pressearbeit, Arbeitsgruppen und Vernetzung auf allen Ebenen und nicht zuletzt in den Bezirk hinzu. „Es wird vor allem darum gehen, die Neumitglieder abzuholen, aktiv einzubinden und ihren Ideen und Visionen für eine bessere Welt in unserer Partei Gehör zu verschaffen. Wir sind als Kreisverband im letzten Jahr um 25%, auf über 1.500 Mitglieder gewachsen.“, erklärt Aida Baghernjad, was einerseits grandios, andererseits eine enorme Herausforderung sei. Enad Altaweel ist vor dreieinhalb Jahren aus Syrien nach Deutschland gekommen und wird sich im GA für eine Gesellschaft einsetzen, in der alle mitgenommen werden - ungeachtet der Herkunft und des sozialen Status: „Ich darf nicht wählen, nicht mitentscheiden wer mich regiert, obwohl die Politik mich wie alle betrifft und sich mit



GA2020

Foto: Vasili Franco

Menschen wie mir in letzter Zeit intensiv beschäftigt.“ Im KV Xhain wird er nun im GA Politik mitgestalten, denn auch die Vielfältigkeit des Bezirks muss sich in unserem Kreisverband widerspiegeln. Also wenig Zeit für Höhenflüge oder Lobeshymnen, sondern ab an die politische Arbeit.

Delegierte für die Landesdelegiertenkonferenz

Weil unser Kreisverband auch der größte Berliner Kreisverband ist, können wir 18 Delegierte auf die Landesdelegiertenversammlung (LDK) entsenden. Diese wurden ebenfalls am 25. Februar gewählt und sollten zusammen mit den Delegierten der anderen Kreisverbände und der Landesarbeitsgemeinschaften am 28.03.2020 die Landesdelegiertenkonferenz abhalten. Die LDK musste jedoch aufgrund der Corona-Pan-

demie abgesagt werden. Zur weiteren Entwicklung siehe auch: <https://gruene.berlin/ldk20>.

Wechsel in der Geschäftsstelle

Auch in der Geschäftsstelle, dem „Igelbau“ hat es Veränderungen gegeben: Seit September ist Hedwig Gradmann dort neue Geschäftsführerin und frisch Ende Februar hinzugekommen ist auch Tjado Stemmermann als studentischer Mitarbeiter. Sie sind erste Ansprechpersonen und bekommen – vorzugsweise Dienstag von 15-18 Uhr und Donnerstags von 12-15 Uhr - gerne Besuch von euch.

■ **Vasili Franco,**
Geschäftsführender Ausschuss



Impressum:

Der Xhain-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die ehrenamtlich arbeitende Redaktion ist gewählt durch die Mitgliederversammlung. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion:
Henry Arnold (V.i.S.d.P.) (ha)
Laura Eckl
Werner Heck (wh)
Anja Mallmann
Claudia Schulte
Rike Suckert (rs)

Freie Mitarbeiter*innen:
Rebecca Eilfort
Christian Köneke (ck)

Kontakt zur Redaktion:
stachelredaktion@gruene-xhain.de

Der Stachel im Internet:
www.gruene-xhain.de/stachel

Layout & Satz: Jörn Jaath

Auflage: 3.000

Druck:
BVZ Berliner Zeitungsdruck

Herausgeberin:
Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband
Friedrichshain-Kreuzberg
Dresdner Straße 10
10999 Berlin

Fon: +49 30 614 31 46
Fax: +49 30 614 31 42
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Danke Britta

In der Fraktionssitzung am 24. Februar haben wir mit zwei weinenden Augen unsere Fraktionsgeschäftsführerin Britta Byszio verabschiedet. In den 13 Jahren im Rathaus Kreuzberg hat sie nicht nur den Laden zusammengehalten und unser Büro professionell gemanagt, sondern hat auch ihre Erfahrung in der Bezirkspolitik beim Wahlperiodenwechsel an die neuen Fraktionär*innen weitergegeben. Ob durchdiskutierte Nächte zur politischen Lage im Bezirk oder von der Empore fliegende Apfelgribsche im BVV-Saal: Britta hat immer eine Anekdote. Sie war sich nie zu schade, grüne Politik mit allen zu diskutieren, die mal eben an der Tür klopfen oder durchklingelten. Keine Torte wäre groß genug für unseren Dank. Wir wünschen ihr von Herzen viel Erfolg bei ihren neuen Aufgaben!

■ **Friederike Suckert**



Britta und die Torte

Foto: Peter Manz
Dragonerareal

Geschichts- und Lernort Dragonerareal

Auf dem Gelände der ehemaligen Dragonerkaserne hinter dem heutigen Finanzamt wird ein Geschichts- und Lernort entstehen. Dies ist Teil der Kooperationsvereinbarung, die Nachbarschaftsinitiativen, stadtpolitische Initiativen und gegenwärtige Gewerbenutzer*innen des Geländes mit den kommunalen Akteur*innen ausgehandelt haben. Der Geschichts- und Lernort wird Teil einer vielfältigen kulturellen und sozialen Infrastruktur werden, die auf dem Areal entsteht – eingebettet in viel Wohn- und Gewerberaum. Er ist damit ein integraler Bestandteil des Modellprojekts Rathausblock.

Seine konkrete räumliche Verortung auf dem Gelände und damit auch seine Größe ist derzeit noch nicht final geklärt, aber es gibt ermutigende Zeichen: Der im städtebaulichen Werkstattverfahren ausgewählte Entwurf platziert ihn in einem historischen Gebäude in der Mitte des Geländes, in Nachbarschaft mit dem sogenannten Kiezraum.

Mehr als eine Kaserne

Der Grund für einen Geschichts- und Lernort gerade auf diesem Gelände besteht in einer besonderen Qualität des Dragonerareals. Denn einerseits ist dieses Areal durch seine Gestalt und die dort noch sinnlich erlebbare bauliche Überformungsgeschichte der letzten anderthalb Jahrhunderte geeignet, auf vielfältige Weise Kreuzberger Stadt- und Militärgeschichte zu vermitteln. Andererseits ist das Gelände aber auch ein authentischer Ort der Auseinandersetzung mit deutscher Gewaltgeschichte, deren Vorbedingungen und deren Rechtfertigung. Und nicht zuletzt steht das Areal mit zwei Revolutionen in direkter Verbin-

dung: mit der von 1848 und der von 1918/19 – und damit mit dem Streben nach Freiheit, Frieden und Demokratie – auch nach direkter- und Räte- und Sozialisierung, u. v. a. m.

Konkret: bevor das Gelände im Jahr 1855 Militärstandort wurde (eigentlich war der Kasernenbau schon für 1848 geplant, doch da kam die erste Revolution dazwischen), war es der Upstall der Tempelhofer Bauern – eine gemeinschaftlich genutzte Weide, die Allmende. Nach Ende der militärischen Nutzung 1919/20 für kurze Zeit Standort des Fahrzeugparks der Interalliierten Kontrollkommission der Siegermächte des ersten Weltkrieges, wurde es später, von 1921 bis zur Insolvenz im Jahr 2010, an die Translag Großgaragen GmbH verpachtet. Diese baute das Gelände zum Gewerbehof um und vermarktete es als Lager- und Produktionsstandort für kleinere und mittlere Betriebe. 1923 zog das Finanzamt in das ehemalige Mannschaftsgebäude (Offiziere hatten stets in den umliegenden Straßen gewohnt, in normalen Wohnungen). In den späten 30ern wurde das Areal Ort der NS-Zwangsarbeit, wie viele andere Orte auch. Seit den 1920er Jahren hat

sich ein Gewerbemix erhalten, bei dem das KFZ-Gewerbe hervorsteht.

Was das Areal aber in einem sehr speziellen Sinn besonders macht, ist der Tabubruch, der sich am Ende der Novemberrevolution am 11. Januar 1919 dort ereignete: die Dragonerkaserne wurde Schauplatz der ersten politischen Morde durch gegenrevolutionäre Reichswehr-Einheiten, die später in ein Freikorps umgewandelt wurden.

Revolution und Gegenrevolution

Diese Ereignisse bildeten den Auftakt vielfältiger politischer Gewalt am Übergang zur Weimarer Republik: allein im März 1919 gab es nach einem Generalstreik laut offiziellen Angaben mindestens 1.200 Tote in Friedrichshain und Lichtenberg durch den Einsatz von Kriegswaffen in Wohngebieten und die Durchführung von willkürlichen Erschießungen durch Regierungs- und Reichswehrtruppen. Das Dragonerareal in Berlin-Kreuzberg ist deshalb ein Ort, der eine hohe Bedeutung für den vielfach

gebrochenen Entwicklungsweg einer demokratischen Republik in Deutschland hat. Er ist ein authentischer Ort für eine Aufarbeitung jener Prozesse, die politische Gewalt ermöglichten – Prozesse, die auch heute nicht überwunden sind: Schuld- und Rechtfertigungsnarrative, Täter-Opfer-Umkehr, Fake-News, Hetzpropaganda etc. Der Geschichtsort möchte zudem dazu beitragen, eine empfindliche Lücke in der deutschen Erinnerungslandschaft zu schließen, indem die oft vergessene, verdrängte oder abgewertete Revolution in Deutschland 1918/1919 multiperspektivisch und in Bezug auf konkrete Biografien bearbeitet wird.

Das Projekt

Mit dem Geschichts- und Lernort Dragonerareal soll daher ein Ort entstehen, an dem mehrere Ebenen zusammengeführt werden. Er soll Ausstellungs-, Erinnerungs-, Veranstaltungs- und Werkstatt-Ort sein. Geschichte soll im Bezug zum Hier und Heute vermittelt werden, mit Schwerpunkt bei der politischen Bildungsarbeit für junge Menschen. In der Gestaltung und Umsetzung sollen vielfältige Formate genutzt und miteinander verbunden werden, u.a. Demokratie-Labore, Kunst- und Theaterprojekte, Geländeerschorschungen,

Lesungen, Veranstaltungen, Ausstellungen. Bauliche Geschichte und Ereignisgeschichte finden beide ihren Platz und treten an vielen Stellen miteinander in Beziehung. Kooperation mit anderen Geschichtsinitiativen, Geschichtsorten und Museen wird gesucht. Opfer- und Täter-Biografien werden erforscht, Themen und Formate werden verknüpft, sind gemeinsam mehr als die Summe der einzelnen Teile und erzeugen eine große Strahlkraft in die Nachbarschaft sowie die gesamte Stadtgesellschaft hinein. Die Initiator*innen des Geschichtsorts kommen aus den Initiativen „Nachbarschaftsinitiative Dragopolis“, „Initiative Geschichtsort Januaraufstand“ und „Initiative Upstall Kreuzberg“. (Links: www.dragopolis.de und www.rathausblock.org, Mail: dragopolis@gmx.de) Zur Zeit arbeiten sie daran, Kooperationen mit anderen Geschichtsorten und Praktiker*innen der politischen Jugendarbeit und Trägerkonzepte zu entwickeln (der „Upstall e.V.“ ist in Gründung). Aber es gilt auch, erste kleine Projektgelder zu beantragen und damit möglichst noch in diesem Jahr eine Interims-Ausstellung an einem provisorischen Ort auf dem Gelände zu gestalten. Noch ist vieles in Bewegung und offen ...

■ Peter Manz,
Die Aktiven im Upstall e. V.

Die Diskussion hat gutgetan

Erste öffentliche Zwischenauswertung der Verkehrsberuhigung im Samariterkiez

Immer mehr Kieze haben den Durchgangsverkehr satt. Berlinweit wird über sogenannte Kiezblocks diskutiert, die den Verkehr aus den Wohngebieten heraushalten und so für mehr Sicherheit sorgen sollen. Im Friedrichshainer Samariterkiez und im Wrangelkiez in Kreuzberg werden erste Maßnahmen getestet. Am 19. Februar fand in der Musikschule in Friedrichshain – dem größten Saal im Kiez – eine erste Bestandsaufnahme zu den von der BVV beschlossenen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Samariterkiez statt.

Alle reden über die Poller, aber noch zu wenig miteinander. Das war einer der Gründe, weshalb das Bezirksamt zu diesem ersten Aufschlag eingeladen hatte. Es wurde tatkräftig mobilisiert, auch vonseiten der beiden Verkehrsinitiativen im Samariterkiez. Und so war die erste Konsequenz: Selbst der große Konzertsaal der Musikschule in der Zellestraße 12 mit seinen 200 Plätzen bot nicht allen Interessierten Platz, weswegen die Veranstaltung demnächst noch einmal wiederholt wird. Wer es in den Saal geschafft hatte, bekam etwa drei Stunden an Information und Diskussion.

Seit einigen Jahren gibt es im Samariterkiez wie in so vielen Kiezen die Forderung, den Durchgangsverkehr aus dem Kiez fernzuhalten. Insbesondere zu den Stoßzeiten rasten Autos durch den Kiez, um zwischen der Frankfurter Allee und der Eldenaer Straße abzukürzen. Wenn sie nicht auch dort im Stau standen. Insbesondere für die vielen Schulkinder führte das tagtäglich zu gefährlichen Situationen. Da andere Maßnahmen wie Tempo 10, Dialog-Displays und Bodenschwellen sich als nicht wirksam genug herausgestellt hatten, hat eine Initiative mehrere Vorschläge

entwickelt, die zusammen mit dem Bezirksamt als Expert*innen bewertet und in mehreren Veranstaltungen diskutiert wurden. Anschließend hat das Bezirksparlament (die BVV) mit großer Mehrheit beschlossen, Diagonalsperren einzusetzen. Keine neue Erfindung: In Kiezen wie im Crelle- oder Graefekiez gibt es das schon seit vielen Jahren. Im Wrangelkiez in Kreuzberg oder am Böhmisches Platz Neukölln wurde die Idee neu belebt. Diese Poller, die Fußgänger*innen und Radfahrer*innen durchlassen, zwingen Autofahrer*innen zum Abbiegen. Ziel ist es, die Abkürzung durch die Wohngebiete so möglichst unattraktiv zu machen. Die Wirksamkeit der Maßnahmen soll in einem Jahr evaluiert werden.

Der BVV-Beschluss aber, den Durchgangsverkehr aus dem Kiez herauszuhalten, bleibt bestehen. Und nicht nur das: Auch in vielen anderen Kiezen werden sogenannte Kiezblocks mit Diagonalsperren diskutiert: So etwa im Kreuzberger Bergmannkiez, rund um das Ostkreuz, aber auch in Mitte und Pankow. Und auch wir finden: Wir brauchen nicht nur Verkehrsberuhigung, sondern wir müssen die Stadt radikal umgestalten. Denn wir wollen nicht dabei stehen bleiben, den Verkehr von den Kiezen fernzuhalten. Gleichzeitig muss das Auto insgesamt zurückgedrängt werden. Wir wollen keine Verkehrsberuhigung in den Kiezen auf Kosten der Menschen an den Hauptverkehrsstraßen.

Im Samariterkiez gibt es dazu durchaus unterschiedliche Positionen. In der zweiten Phase kamen beide örtlichen Initiativen auf dem Podium zu Wort: die „Initiative Verkehrsberuhigter Samariterkiez“, der den Vorschlag mit entwickelt hat, und die Initiative „Verkehr und Vernunft“, der es um eine bessere

Einbindung der Anwohner*innen geht, die aber auch grundsätzlich Kritik an Diagonalsperren übt. Sie sind der Meinung, man solle zunächst auf weniger einschneidende Maßnahmen setzen. Vertreter*innen der Inis haben sich zu diesen vier Fragen ausgetauscht: Was begrüßen Sie an den bisherigen Maßnahmen? Welche negativen Effekte der Verkehrsberuhigung nehmen Sie wahr? Welche Nachbesserungsbedarfe sehen Sie (Vorschläge)? Wie wünschen Sie sich die weitere Beteiligung der Anwohnenden im Prozess der Verkehrsberuhigung?

Anschließend konnten sich die Anwohner*innen in kleineren Gruppen ebenfalls positionieren. Die Diskussion verlief dabei mitunter emotional, aber doch überraschend wertschätzend. So war das nahezu einhellige Fazit, dass man zwar noch nicht zueinander gefunden hat, aber doch miteinander ins Gespräch zu den Lösungen im Kiez gekommen ist. Es wurden einige konkrete Verbesserungsmöglichkeiten der bisherigen Lösungen identifiziert, bspw. zu den konkreten Standorten der Poller.

Die Antworten der Bürger*innen wurden dokumentiert und werden nun im Bezirksamt ausgewertet. Am Ende kommt die Auswertung zur konkreten Umsetzung zurück ins gewählte Bezirksparlament, das über das weitere Vorgehen entscheidet. Demokratisch und wie immer öffentlich. Der Beschluss der BVV ist dabei klar: Die Maßnahmen an sich sind wichtig und beschlossen.

Die Ergebnisse der Veranstaltung finden sich als PDF-Datei unter <https://gruenlink.de/1qeo>

■ Pascal Striebel und
Annika Gerold,
Bezirksverordnete

B-Plan Dragonerareal

Ende Januar wurde der Siegerentwurf für die zukünftige Gestaltung des Dragonerareals ausgewählt. Auf dieser Grundlage soll ein Bebauungsplan erarbeitet werden.

Seit Sommer 2019 wurde in einem offenen Werkstattverfahren mit Bürger*innenbeteiligung ein städtebauliches Konzept für das landeseigene Areal erarbeitet. Während des Werkstattverfahrens wurden von drei Planungsteams Vorschläge erstellt, wie die Themen Wohnen, Gewerbe, Kultur und soziale Einrichtungen auf dem Gelände künftig untergebracht werden können, ohne dass es dabei zu Nutzungskonflikten kommt. Ebenso berücksichtigt wurde der Umgang mit den denkmalgeschützten Gebäuden.

Am Ende wählte eine Jury den von SMAQ, Man Made Land und Barbara Schindler ausgearbeiteten Vorschlag als Siegerentwurf aus. Dieser sieht 525 neue Wohnungen auf dem Gelände sowie Gewerbeflächen von rund 21.000 Quadratmetern in einem eigenen Gebäudekomplex im Norden des Quartiers vor. In der Mitte des Dragonerareals ist außerdem ein neues Hochhaus mit 16 Stockwerken geplant. Hinzu kommt eine Tiefgarage. Vorgesehen sind auch Erweiterungsbauten für das angrenzende Finanzamt und das Rathausgebäude. Zum ökologisch orientierten Entwurf gehören außerdem aufeinander folgende Plätze, Platz für eine Kita und Jugendfreizeitangebote, ein grünes Wegenetz sowie Gründächer.

Der ausgewählte Siegerentwurf ist nun die Grundlage für den Bebauungsplan, der durch den Bezirk aufgestellt wird und möglichst bereits im Herbst

2021 Planungsreife haben soll. Bis dahin wird der ausgewählte Entwurf noch einmal überarbeitet. Ebenso ist zu klären, wie mit den südwestlich direkt an das Dragonerareal angrenzenden Flächen umgegangen wird, die sich im Besitz des Bezirks befinden. Hier steht die Frage im Raum, ob sie für erneute zukünftige Rathäuserweiterungen reserviert bleiben oder doch für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen könnten, wie der Siegerentwurf dies vorsieht. Auch wird festzulegen sein, zu welchen Mietpreisen die neuen Wohnungen angeboten werden, die zum großen Teil durch die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft WBM gebaut werden sollen. Die Forderung von Anfang an war und ist, dass dies zu bezahlbaren Preisen sein muss. Hierbei wurde als Rahmen immer wieder 6,50 Euro pro Quadratmeter genannt.

Insgesamt wurde der Entwurf von den beteiligten Akteur*innen aus Anwohner*innengremien, Initiativen und des Bezirks- und Landesvertreter*innen als gute Grundlage für die weitere städtebauliche Ausarbeitung bewertet. Jetzt kommt es im weiteren Verfahren darauf an, auf dieser Basis eine funktionierende Mischung aus bezahlbarem Wohnen, Gewerbe und Kultur für das Kreuzberger Dragonerareal zu schaffen.

Ausführliche Infos zu den Planungen sind zu finden unter: www.berlin.de/rathausblock-fk

■ Julian Schwarze,
Bezirksverordneter

Kein Haus weniger – Liebig34 bleibt

„Ohne seine alternativen Haus- und Kulturprojekte wäre Berlin lediglich die Stadt, in der mal die Mauer stand. Sie wäre sozial, politisch und kulturell um Vieles ärmer. Tausende Menschen finden in Hausprojekten bezahlbaren Wohnraum, ohne Angst vor Verdrängung haben zu müssen; Menschen, die anderswo diskriminiert werden, finden hier ein sicheres Zuhause. Die Häuser und Projekte bieten zudem eine elementar wichtige Infrastruktur für ihre Nachbarschaften. Hier finden sich Räume für Mietberatungen, politische Vernetzung, kulturelle Veranstaltungen und Orte zum Verweilen ohne Konsumzwang.“

So wird es in dem Aufruf „Kein Haus weniger“ (<https://keinhausweniger.info>), der von zahlreichen prominenten Kulturschaffenden*, Aktivist*innen und Initiativen unterzeichnet wurde, auf den Punkt gebracht. Unser Bezirk wäre ohne die Instandbesetzungen der 70er Jahre in Kreuzberg nicht der Bezirk, in dem wir leben und leben wollen. Damals wurde etwa der Komplexabbriss des SO36 durch die sogenannte „Kahlschlagsanierung“ verhindert. Ebenso prägend wurden nach der Wende die Besetzungen in Friedrichshain. Doch gerade hier bei uns sind jetzt zahlreiche alternative Haus- und Kulturprojekte von Verdrängung oder Räumung bedroht, deren Verschwinden unseren Bezirk ärmer machen würde. So auch das seit mehr als zwanzig Jahren bestehende anarcho-queer-feministische Hausprojekt in der Liebigstraße 34.

Die Bewohner*innen des anarcho-queer-feministischen Hausprojektes haben einen Ort geschaffen, an dem als Kollektiv ohne patriarchale bzw. diskriminierende Strukturen zusammengelebt werden kann. Das Haus

ist ein einzigartiger Schutzraum für Frauen*, Lesben, inter, non-binary und trans-Personen. Es ist eine wichtige Anlaufstelle für Menschen, die aufgrund ihrer finanziellen Lage oder Diskriminierungserfahrungen keinen anderen, sicheren Ort zum Leben finden. Es kann nicht sein, dass Berlin sich als queere Hauptstadt inszeniert, gleichzeitig ein solches einzigartiges queerfeministisches Hausprojekt seine Heimat verlieren soll.

Mit seinem solidarischen Kiezbezug, seiner Widerständigkeit und dem antipatriarchal - politischen Anspruch prägt das Haus seit über zwei Jahrzehnten den Samariterkiez mit und ist von dort eigentlich nicht wegzudenken. Mit dem Verlust des Projekts würde der Friedrichshainer Norden einen wichtigen Teil seines Gesichts und seiner nachbarschaftlich-aktivistischen Persönlichkeit einbüßen. Viele Menschen, die Schutz und Geborgenheit benötigen, würden ihr Zuhause und ihr soziales Umfeld verlieren, in dem sich so manche von ihnen von Diskriminierungserfahrungen erholen. Es wäre nicht nur ein herber Verlust für die Bewohner*innen,

sondern auch für den Kiez und für die seit Jahrzehnten solidarischen Anwohner*innen, die eine Entfaltung eines solchen Raumes in Friedrichshain unterstützt haben.

Im Jahr nach dem Mauerfall besetzt, wurde das Haus erst einmal von der WBF, der Wohnungsbau-genossenschaft Friedrichshain, verwaltet. Vorher im Staatseigentum der DDR, sollten die Häuser den „rechtmäßigen“ Eigentümer*innen zurückübertragen werden. Die Liebig34 hatte vor ihrer Enteignung im „Dritten Reich“ als Jüdinnen und Juden verfolgten Menschen gehört. An die Nachkommen dieser Familien wurde das Haus im Laufe der 1990er Jahre rückübertragen. Es gab sechs Erb*innengemeinschaften, welche das Haus verkaufen wollten. 2007 gab es dann Bemühungen des damaligen Liebig34-Kollektivs das Haus selber zu erwerben. Doch der jetzige Eigentümer, Gijora Padovicz kam ihnen zuvor und kaufte im Jahr 2018

das Haus. Als Kompromiss wurde ein zehnjähriger Pachtvertrag ausgehandelt. Ende 2018 ist dieser nun ausgelaufen und wurde trotz Vermittlungsbemühungen des Bezirks nicht verlängert. Stattdessen wurden die Bewohner*innen des Hausprojektes durch den Eigentümer aufgefordert das Haus zu räumen. Nachdem dies natürlich nicht geschehen ist, klagte der Eigentümer auf Räumung. Und selbst wenn der Gerichtstermin nun mehrfach verschoben wurde, so auch der für den 30. April diesen Jahres anberaumte Termin, so ist doch zu erwarten, dass in absehbarer Zeit dieser Räumungsklage stattgegeben wird und damit die Räumung bevorsteht. Da der Bezirk weder über Ersatzgrundstücke noch über ausreichende Mittel zum Erwerb des Hauses verfügt, sind Land und Senat gefragt, den Bezirk bei seinen Bemühungen um den Erhalt des anarcho-queer-feministischen Hausprojektes zu unterstützen. Deshalb haben sich die direkt

gewählte Bundestagsabgeordnete Canan Bayram, die auch im Kiez lebt, sowie der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen sowohl an den Eigentümer als auch in einem offenen Brief an die Bürgermeister*innen von Berlin gewandt. Es reicht eben nicht, sich nur mit Worten zu alternativen Haus- und Kulturprojekten zu bekennen und trotzdem zuzuschauen, wie Haus um Haus verschwinden. Natürlich sind der Politik auch Grenzen gesetzt, es geht daher darum, sich glaubhaft und sich mit den der Politik verfügbaren Mitteln für den Erhalt und die Sicherung dieser Strukturen einzusetzen. Daher appellieren wir genauso an die Berliner Regierungschef*innen als auch an den Eigentümer, die Liebig 34 nicht als eine x-beliebige Immobilie anzusehen, sondern als einen festen Bestandteil des Friedrichshainer Nordkieses anzuerkennen.

■ Werner Heck,
Bezirksverordneter

Für den Erhalt des Hausprojekts Liebig34

Offener Brief des KV Friedrichshain-Kreuzberg an den Regierenden Bürgermeister Michael Müller, Bürgermeisterin Ramona Pop und Bürgermeister Dr. Klaus Lederer

Als bündnisgrüner Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg, in dessen Bezirk auch das Hausprojekt Liebig34 sein Zuhause hat, fordern wir Sie auf, sich für den Erhalt desselben einzusetzen und Verhandlungen mit dem Hauseigentümer Gijora Padovicz aufzunehmen. Wenn wir als Koalition auf Landesebene festschreiben, dass die Stadt „von Kreativität, Freiräumen und der Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem“ lebt, dann sollten wir uns dementsprechend einsetzen, damit dies keine leere Worthülse bleibt.

Das anarcho-queer-feministische Hausprojekt, das seit gut 30 Jahren im Samariterkiez im Friedrichshainer Norden verwurzelt ist, prägt diesen maßgeblich mit. Jetzt ist es akut von Räumung bedroht, weil der Eigentümer – wie auch an vielen anderen Orten Berlins – ein Zuhause zum Renditeobjekt machen will. Das entsprechende Urteil einer gerichtlichen Auseinandersetzung wird am 30. April 2020 erwartet – am Tag vor dem 1. Mai, einem symbolträchtigen Tag für unseren Bezirk, der in den letzten Jahren zum Glück friedlich verlief. Das dies so bleibt, liegt uns sehr am Herzen. Denn im Fokus soll weiterhin stehen, notwendige, progressive politische Forderungen gewaltfrei auf die Straße zu tragen.

Das Schicksal der Liebig34 steht in einem größeren Kontext zahlreicher von Verdrängung bedrohter alternativer Haus- und Kulturprojekte in Berlin. Wir solidarisieren uns mit der Initiative „Kein Haus weniger!“, die neben den vielseitigen Projekten, Vereinen, Clubs und Organisationen aus Berlin auch von zahlreichen prominenten Persönlichkeiten aus Gesellschaft und Kultur unterstützt wird. Auch haben wir der Presse vernommen, dass Sie, Herr Lederer, ebenfalls durchaus Solidarität mit der Initiative empfinden.

Wir sehen es als Ihre Aufgabe als Bürgermeister*innen von Berlin, in einer rot-rot-grünen Regierung Verantwortung zu übernehmen, nicht zu schweigen und nicht tatenlos zuzusehen, wie die alternativen Haus- und Kulturprojekte aus unserer vielseitigen Stadt verschwinden. Wir möchten

dringend an Sie appellieren, im konkreten Fall der bedrohten Liebig34 Verhandlungen mit dem Eigentümer des Hauses aufzunehmen und intensiv an einer Lösung zu arbeiten, dass die Bewohner*innen ihr selbstverwaltetes Zuhause behalten können. Wir appellieren an Sie als Repräsentant*innen unserer Stadt.

Die Liebig34 ist kein „normales“ Haus. Es ist ein Schutzraum für Frauen*, Lesben, inter, nicht-binäre und trans* Personen und solidarisches Zuhause, bspw. für Personen, die aufgrund finanzieller Gründe oder Diskriminierungserfahrungen kein anderes Dach über dem Kopf finden. Das Hausprojekt stellt eine wichtige Infrastruktur im Friedrichshainer Nordkiez dar. Ein großer Teil der Anwohner*innen empfindet es als wichtig, dass die Situation dort befriedet und gleichzeitig wichtige, autoritäre Freiräume wie die Liebig34 erhalten bleiben. Klar ist, dass wir Gewalt weder gutheißen, ignorieren, noch befördern. Das darf uns aber nicht in der Sache spalten, alternative Freiräume in unseren Kiezen zu erhalten, in denen Menschen friedlich und selbstbestimmt zusammenleben.

Gerade in Zeiten, in denen sich Neo-Nazis, Rechtsextremist*innen und Rassist*innen in unserem gesellschaftlichen Klima dazu befähigt sehen, Menschen, die vermeintlich „nicht dazu gehören“ aufgrund ihres Aussehens zu töten und eine Partei in Parlamenten sitzt, die den Nährboden für diese Taten legt, ist es umso wichtiger, dass wir als progressive Koalition anti-faschistische Räume schützen. Wir sind der Meinung, dass die Berliner Stadtgesellschaft das von uns als Rot-Rot-Grün erwartet.

Wir hoffen sehr, dass für die Liebig34 eine bestandserhaltende Lösung gefunden werden kann und bitten Sie, sich dementsprechend einzusetzen. Sofern gewünscht, sind wir gerne bereit, uns zu beteiligen und Sie dabei zu unterstützen.

■ Geschäftsführender Ausschuss
Bündnis 90/Die Grünen
Friedrichshain-Kreuzberg



Liebig34

Foto: ha

Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Xhain

Am 11. Februar 2020 fand die Bezirksgruppe des grünen Kreisverbands Friedrichshain-Kreuzberg erstmalig in den Räumen der Berliner Stadtmission in der Frankfurter Allee 96 und damit endlich auch einmal im Stadtteil Friedrichshain statt. Schwerpunktthema des Abends war eine Podiumsdiskussion zu Wohnungs- und Obdachlosigkeit.

Eingeladen waren hierzu Sebastian Bayer von Fixpunkt e.V., Standortleitung Kottbusser Tor, Alexandra Haberecht, stellvertretende Leiterin der Kontakt- und Beratungsstelle/Sleep in für junge Menschen und Martin Parlow, AK Wohnungsnot und Mitarbeiter in der Kältehilfe der Caritas.

Verbesserung der medizinischen Versorgung

Der interessante und aufschlussreiche Erfahrungsaustausch auf dem Podium machte schnell klar, mit welchen Schwierigkeiten und Problemen Menschen ohne Wohnung oder Obdach zu kämpfen haben und welche Anforderungen und Notwendigkeiten sich dadurch für die sozialen Träger ergeben, die für und mit dieser Zielgruppe arbeiten. Dabei wurde noch einmal besonders das Fehlen von bezahlbarem Wohnraum deutlich. Dies betrifft leider nicht nur den einzelnen Menschen, sondern auch die sogenannten Trägerwohnungen. Viele dieser Wohnungen, in denen Betroffene mit verschiedensten Problemlagen von Sozialarbeiter*innen betreut

werden, wurden in der Vergangenheit von Vermieter*innen gekündigt oder konnten durch die Träger aufgrund hoher Mieterhöhungen nicht mehr gehalten werden. Darüber hinaus fehlt es immer häufiger an qualifiziertem Fachpersonal. Auch im Bereich der Obdachlosenhilfe macht der Fachkräftemangel also nicht Halt.

Handlungsbedarf wird auch bei der Gesundheits- bzw. medizinischen Versorgung gesehen. Hier kann man deutlich die zusehende Verschlechterung des Gesundheitszustandes obdachloser Menschen wahrnehmen. Die medizinische Basisversorgung der Patient*innen muss weiter ausgebaut werden und z. B. auch die Verweildauer in den Krankenhäusern erhöht werden. Zu oft werden kranke Menschen ohne Wohnung oder Obdach zu früh auf die Straße entlassen. Auch die Schaffung von weiteren Möglichkeiten zum intravenösen Konsum von Drogen in geschützten Räumen ist notwendig.

Alarmierend ist auch der Bericht von Alexandra Haberecht, die als stellvertretende Leiterin der Kontakt- und Beratungsstelle/Sleep in für junge Menschen immer häufiger mit sehr

jungen Mädchen konfrontiert wird. Sehr oft gelangen diese Mädchen mangels Wohnung oder Schlafplatz in Abhängigkeiten von Männern, die ihnen – natürlich nicht uneigennützig und ohne „Gegenleistung“ – Obdach gewähren.

Wohnungslosigkeit: immer häufiger jung und weiblich

Neben fehlendem Wohnraum für z. B. betreutes Wohnen für diese Zielgruppe bedarf es auch an Bildungsangeboten für die jungen Mädchen, um diesen Perspektiven für die Zukunft zu bieten.

Fazit der Veranstaltung: Insbesondere die Landespolitik ist weiterhin gefragt, neben einer Politik für bezahlbaren Wohnraum auch die sozialen Träger weiter zu stärken, um aufsuchende Sozialarbeit und gesundheitliche Versorgung für die betroffenen Menschen in ausreichendem Maße zu ermöglichen.

■ Claudia Schulte,
Bezirksverordnete

80 Jahre Shooccy

Er war einer der ersten in der West-Berliner Alternativen Liste, viel später saß er dann 10 Jahre für B90/Die Grünen in der BVV. Jetzt wurde Günter Schumacher, den alle nur unter dem Namen Schooccy kennen, achtzig.

Im zarten Alter von fünf Jahren traf Shooccy ein Bombensplitter. Geboren am 8.12.1939 in Siegburg bei Bonn war er ein Kind des Kriegs. Wenige Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kam er in die Schule. Da seine Eltern in den Jahren 1944 und 1946 starben, wuchs er bei Angehörigen der Familie seiner Mutter im katholischen Westfalen auf. Seine Mutter hatte schon vor ihrem Tod ihre Schwester, die bereits fünf Kinder versorgte, gebeten „den Jungen mal mitzunehmen“. Gesagt, getan, und ein Jesuitenpater unterstützte die damals arme Familie.

Ein Kaufmannsgehilfe on the road

Mit 14 ging Shooccy auf eine Handelsschule, jetzt galt es, die „Ärmel aufzukrempeln“. Der Motorradhandel war sein Jugendtraum, aber daraus wurde nichts. Nach einer weiteren Lehre bestand er die Kaufmannsgehilfenprüfung mit 19, fand einen Job bei „Schmincke“, einem Produzenten für Künstlerfarben und Leinwände und wohnte weiter in einem „Lehrlingsheim“. Es war die Zeit des Rock'n'Roll und auch der „Halbstarkenkrawalle“, welche die biedere Bundesrepublik schockierten. „Denn sie wissen nicht, was sie tun“ war der deutsche Titel des tonangebenden Films „Rebel without a cause“ mit James Dean, der Shooccy sofort beeindruckte, woraufhin er auch die anderen Filme mit James Dean sehen musste. So sehr die „Krawalle“ als Protest gegen autoritäre Eltern und LehrerInnen, gegen den bleiernen Konformismus und die nach wie vor bestehende Untertanenmentalität zu interpretieren waren - eine Politisierung war mit diesen Rebellionen noch nicht verbunden.

Shooccy trat erst mal in die Fußstapfen der Beat Generation und reiste 1959 als Tramper in Lastwagen und Autos, die ihn nach Gibraltar und von dort nach Marokko bis Tanger brachten. Für das, was er dort und später auch in Südfrankreich und Spanien tat, hatte man inzwischen ein neues Wort erfunden: Er war nun ein „Gammler“, weil er seine Freiheit auslebte, und die war on the road. „Konsumterror“ passte nicht zu ihm. Und er las viel und querbeet: Sartre, Lyrik des Expressionismus, Jack Kerouac, Paul Celan, das Kommunistische Ma-



Shooccy

Foto: ck

nifest, Camus, Dostojewski, Fanons „Verdammte dieser Erde“.

Wie wird ein Mensch politisch?

Als er 1962 nach München zog, wurde er dort von den „Schwabinger Krawallen“ überrascht: Eine Gruppe von Straßenmusikern hatte nach 22:30 Uhr in der Leopoldstraße ihre Lieder gespielt, die Polizei kam und der Konflikt eskalierte. An den folgenden vier Tagen kam es zu Demonstrationen mit bis zu 40.000 nicht nur jugendlichen Protestierenden, denn die Methoden der Polizei entsetzten auch viele „unbescholtene“ BürgerInnen. Berittene Polizei war im Einsatz, es gab fast 400 Festnahmen. Shooccy war einer der Festgenommenen: drei Monate und drei Wochen wegen Landfriedensbruchs. Nur eine Viertelstunde Hofgang pro Tag, keine Besuche außer von Verwandten. Es war eine Erfahrung, die ihn lebenslang dazu motiviert hat, immer wieder Gefängnisinsassen zu besuchen, mit ihnen zu sprechen und ihren Lebensweg kennen zu lernen.

Inzwischen war der Herausgeber des SPIEGEL Rudolf Augstein unter dem Vorwurf des Landesverrats verhaftet worden; er hatte geschrieben, die Bundeswehr sei nur „bedingt ab-

wehrtauglich“ und Adenauer tobte. Debatten über einen neuen autoritären Staat begannen und damit auch die Politisierung Shooccy's. Er wohnte bei Freunden, verdiente sein Geld als Bauhilfsarbeiter oder verkaufte Batiken, Kupferreifen und Schmuck in Schwabinger Kneipen und verstand sich als Aussteiger. 1963 lernte er Dieter Kunzelmann und die situationistische „Gruppe Spur“ kennen, die Protestaktionen mit skurrilen Texten verknüpfte. „Ich stehe im Regen und warte auf mich, ich weiß nicht weswegen ...“, jetzt müsste ich kommen, und ohne mich zu bewegen schau ich im Regen mir selber entgegen und siehe: ich bin es nicht.“ Solche kalauernde Poesie – in diesem Fall von Peter P. Althaus – gefiel Shooccy zeit lebens. Sie war neben dem Witz auch Ausdruck einer Identitätssuche.

Schließlich verabschiedete er sich vom Dasein als Beatnik, seine Freundin war schwanger, sie heirateten im Januar 1966, zogen in die Nähe von Köln, wo im August sein erster Sohn zur Welt kam. Aus dem Kaufmannsgehilfen Shooccy wurde ein festangestellter Chemielaborant, der – learning by doing – zum Laborfachwerker in einem PVC-Betrieb aufstieg. Tja, das war noch im „goldenen Zeitalter des Kapitalismus“! Erstmals verdiente er gutes Geld, aber seinem spontanen zivilen Ungehör-

sam und seinen Knastbesuchen blieb er treu. So hat er seinen Jugendfreund und späteren Schriftsteller Peter Paul Zahl, der Anfang der 70er Jahre zwei Polizisten angeschossen hatte und wegen zweifach versuchten Mordes zu 5 Jahren und 4 Monaten verurteilt worden war, mindestens zehnmal im Gefängnis Osendorf besucht. Ganz trocken sagt er heute: „Dem hat der Knast nicht geschadet, er hat ja Bücher geschrieben“. Dem Aufbau einer maoistischen oder DDR-hörigen Partei konnte er dagegen nichts abgewinnen. Jene Zeit, die heute die Chiffre '68 trägt, war voller Zerrissenheit: Eine neue Kultur radikaler Proteste und „Mehr Demokratie wagen“ einerseits, andererseits vergeudete Energien durch Sektengründungen und Dogmatismus bis etwa zur Zeit des legendären Tunix-Kongresses 1978. In eben diesem Jahr zog es Shooccy nach Berlin, er wurde in der HausbesetzerInnen-Szene aktiv und trat in die gerade gegründete Alternative Liste ein.

1985 begann er erneut eine Ausbildung, diesmal als Altenpfleger und war bis 1999 täglich im Areal von der Alte-Jakob-Str. bis zur Zeughofstr. in diesem Beruf unterwegs. Daneben besuchte Shooccy seit 1989 regelmäßig die grüne Bezirksgruppe, spezielle Themenschwerpunkte in der politischen Arbeit hatte er noch nicht.

„Ich war überall dabei, aber nie an vorderster Front.“ Er gehörte übrigens zu den wenigen, die im Jahr des Mauerfalls sich mit dem Jubeln zurückhielten und angesichts der Kohlschen Vereinigungspolitik eher Sorgenfalten bekamen. Ein Kriminalbeamter, der in der DDR gegen Nazi-Subkulturen ermittelte, sagte zu ihm: „Ihr müsst euch auf was gefasst machen. Da kommt was auf euch zu.“

„... aber nie an vorderster Front.“

Im Laufe der Zeit kristallisieren sich Shooccy's Interessen vor allem für Umweltschutz sowie Verkehrs- und Drogenpolitik heraus. Erst 2006 kam er in die BVV und blieb bis 2016. Speziell an der Rettung von Bäumen am Landwehrkanal, die wegen der absackenden Uferbefestigungen zur Fällung freigegeben waren, hat er aktiv mitgewirkt. Auch die Proteste gegen die Privatisierung des Bethanien unterstützte er. Mit Franz Schulz als grünem Bezirksbürgermeister wurde schließlich das Wohnrecht der Besetzer legalisiert wurde.

Sanften Drogen nicht abgeneigt, setzte Shooccy sich für eine Prüfstelle zum Drogenchecking ein, um die Fixer, die sich damals vor allem im Parkhaus am Kotti aufhielten, vor verunreinigten Stoffen zu schützen. Das ließ sich nicht durchsetzen. Ein anderes Thema war, endlich eine direkte Straßenbahnverbindung zwischen Friedrichshain und Kreuzberg, wenn möglich bis zum Hermannplatz zu schaffen. Sollte die Bahn dann auch durch den Görlitzer Park führen? Shooccy konnte recht laut werden, insbesondere bei seinen – oft lustigen, und nicht immer beliebten - Zwischenrufen: „Das geht doch gar nicht anders! Die muss da durch!“ rief er, „Nur über meine Leiche“ antwortete Franz Schulz. Bis heute ist die Frage offen.

Bis heute ist Shooccy ein emsiger Plakatekleber, Wahlkämpfer, Stachel-Verteiler und Zwischenrufer geblieben. Politik als Beruf wollte er nie machen, er blieb lieber ein wacher politischer Mensch, der sich gerne einmischt. Und er hat noch viel mehr zu erzählen...

■ Wolfgang Lenk, Bezirksverordneter

Von wegen Politikverdrossenheit

Nach siebeneinhalb Jahren im Dienst der Grünen Fraktion, wechselte Dr. Thomas Weigelt im Januar 2020 in die Justiz und war auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet, sein Mandat in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) niederzulegen. Philipp Evenburg sprach mit ihm über seine Zeit in der BVV, mögliche Reformen und Beteiligungsmöglichkeiten in der Bezirkspolitik.

Philipp Evenburg: Wie bist du zu den Grünen und in die BVV gekommen?

Thomas Weigelt: Im Frühjahr 2012 promovierte ich über bestimmte Rechtsfragen im Stadtentwicklungs- und Bauplanungsrecht. Ein Arbeitskollege machte mich darauf aufmerksam, dass die Grünen noch eine*n Bürgerdeputierte*n für den Stadtentwicklungsausschuss suchten. Das fand ich spannend, obwohl ich mich damals noch nie politisch engagiert hatte. Ich wurde von der grünen Fraktion aufgestellt und von der BVV bestätigt. Bei der nächsten Wahl 2016 wurde ich dann zum Bezirksverordneten gewählt und wurde stellvertretender Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses, in dessen Zuständigkeit seit 2016 auch das Wohnen fällt. Das war eine Forderung von uns nach der Wahl, weil wir Themen wie Zweckentfremdung oder Wohnberechtigungsscheine

konzentriert in einem Ausschuss haben wollten.

Was nimmst du aus der Zeit, die du jetzt in der BVV tätig warst, für dich mit?

Ich glaube, das Positivste, was ich in Erinnerung behalten werde, ist, wie viele aktive Menschen es gibt, die sich im und für den Bezirk engagieren, also nicht für sich persönlich, sondern für das Gemeinwohl! Das ist eine ganze Welt, zu der ich vorher kaum Zugang hatte. Wenn der Eindruck vermittelt wird, keiner interessiert sich mehr für die Gesellschaft, alle seien nur Individualisten und es herrsche überall Politikverdrossenheit, dann entspricht das nicht meiner Wahrnehmung. Und der zweite Punkt, weswegen ich von am Anfang an bei der Stange geblieben bin: Es ist schön, wie unser demokratisches System dafür sorgt, dass man Dinge beeinflussen kann. Bei den Bauvorhaben kann man viel gestalten und vieles zum Guten verändern.

Was könnte die BVV besser machen?

Die Diskussionskultur hat in den letzten acht Jahren sehr gelitten. Persönliche Angriffe, vor allem gegen die Amtsträger*innen, die Bezirksratsmitglieder, haben meiner Meinung nach in der Diskussionskultur – vor allem in der Kommunalpolitik – nichts zu suchen. Das ist von den handelnden Personen geprägt, hat aber auch strukturelle Gründe. Es gibt weite Bereiche, in denen die BVV nur empfehlen oder ihre Meinung äußern kann, und dann werden die Amtsträger*innen angegangen, um das zu kompensieren. Eine quotierte Redeliste in der BVV, bei der Männer und Frauen die gleichen Redeanteile haben, würde da sicher helfen. Ein zweites strukturelles Problem liegt in der unklaren Abgrenzung der Verantwortungen. Beispielsweise sollte man festlegen, dass alles, was mit Straßen zu tun hat, der Bezirk verantwortet. Damit hätte man auch mehr lokale

Gestaltungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit den Anwohnenden. Das Beispiel Bergmannstraße hat gezeigt, wie verworren das Zusammenspiel aus Senat und Bezirk sein kann.

Was bringt für dich die Zukunft? Und hast Du einen Tipp für Menschen, die sich im Bezirk oder vielleicht sogar in der BVV engagieren wollen?

Ich bin jetzt Richter und da habe ich mal wieder die Chance, Bezirkspolitik mit etwas Distanz zu betrachten. Aber ich habe mich acht Jahre mit viel Freude engagiert. Der erste Schritt kann schwierig sein, aber vor allem bei den Grünen ist es relativ einfach, sich zu engagieren. Das Wichtigste ist, ein Thema zu haben, für das man sich begeistern kann und wo man etwas tun will. Das war bei mir die Stadtentwicklung. Ich finde es noch heute spannend, mir Bebauungspläne anzugucken. Toll für den Einstieg sind die Bürgerdeputiertenmandate. Man

kann dann mal bei einigen Ausschusssitzungen hineinschnuppern und auch unsere Fraktionssitzungen sind öffentlich. Außerdem gibt es seit einigen Jahren die BVV-Neuentreffen. Das ist eine Einführung in die BVV-Arbeit und die Möglichkeit, sich begleitet eine BVV-Sitzung anzuschauen. Ich finde das eine coole Sache. Ich bin auch traurig, mein Mandat abgeben zu müssen. Bei der letzten Abstimmung, an der ich teilgenommen habe, ging es um die Umbenennung des Heinrichplatzes zum Rio-Reiser-Platz. Ein gutes Thema, bei dem die BVV zu entscheiden hatte. Der Abstimmung voraus ging eine ehrliche und vom Ton her angemessene Debatte um die Sache. Das war ein schöner Abschluss, das hat mich mit Freude erfüllt.

Vielen Dank für deinen Einsatz und alles Gute für die Zukunft!

■ Das Gespräch führte Philipp Evenburg

Corona in Xhain – eine Chronologie

Freitag, 13. März. Wir treffen uns im grünen Büro in der Dresdener, schon mit Abstand, um diese Ausgabe des Stachel vorzubereiten. Und dann geht alles sehr schnell. Noch einmal ins Möbel Olfe und in den Würgeengel, am Samstag Abend ist Schluss. Shutdown. Erst die Clubs, dann die Bars, ein paar Tage später dann auch Schulen und Kitas. Mittwoch ist im Imbiss „wrapublic“ am Oranienplatz schon um 15 Uhr nichts mehr los. Der Chef sagt, er soll gleich zumachen, höre ich. Ich bin der letzte Kunde. Am Freitag ein letztes Mal ins Fitness-Studio und ins Seniorenheim zu meiner Mutter.

Sonntag, 18. März. Nichts geht mehr. Les jeux sont faits.

Die Hilfswelle rollt an

Aber die Politik steht nicht still. Allen ist bewusst, dass dieser plötzliche Entzug der Lebensgrundlagen vielen sehr schnell an die Substanz gehen wird. Gerade die vielen Klein- und Kleinst-Unternehmen - und Xhain ist voll davon - werden ohne Einnahmen schon bald nicht mehr wissen, wie sie die nächste Miete bezahlen sollen. Eine Video- und Telefonkonferenz jagt die andere. Soforthilfeprogramme werden geschnürt, Milliarden werden locker gemacht und in Woche Zwei des Shutdowns bereits ausgezahlt.

Sonntag, 5. April. Seit zwei Wochen ist jetzt alles dicht. Das Wetter ist schön. Dieser Sonntag vor Ostern wird als "kritischer Tag" angesehen. Klappt das mit dem Ausgehverbot und den Abstandsregeln? Im Görlitz ist tatsächlich wenig los. Die Polizei ist da, dreht ihre Runden und greift jetzt am frühen Nachmittag nirgends ein. Auch am Ostkreuz ist es eher still. Vor McDonalds bildet sich eine Schlange, die Bockwurst vorm Bahnhof wird jetzt unter Plexiglas durchgereicht. Zurück in der Dresdener, bei "Fräulein Wild". Der Besitzer macht noch ein wenig To-go-Verkauf. Aber eigentlich nur, weil ihm zu Hause die Decke auf den Kopf fallen würde, sagt er. Aber sonst, kein Umsatz. Seine Mitarbeiter*innen sind im Urlaub oder in Kurzarbeit. Die Hilfen sind auch bei ihm schon angekommen. Damit wird es erstmal irgendwie gehen, für zwei oder auch drei Monate. Aber es geht ihm nicht nur ums Geld. Es geht um die Begegnung. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.

Aus für die Kultur

Gerade die Künstler*innen hat es besonders hart getroffen. Denn Kunst



Neue Fahrradstreifen auf der Petersburger Straße

Foto: ha

braucht Kommunikation. Aber auch das Virus braucht Kommunikation. Und genau das ist fatal. Wollen wir das Virus killen, töten wir die Kunst gleich mit. Abgesehen von den großartigen kreativen Erfindungen vieler

Freiluftkino Pompeji und - derzeit im Umbau - Intimes in Friedrichshain, nicht klagen. Zuschüsse sind da, die Miete lässt sich momentan erst einmal überbrücken, auch die Kurzarbeiterregelungen greifen.



Tilsiter Lichtspiele: Wann ist demnächst?

Foto: ha

Künstler*innen im Netz liegt die Kultur im künstlichen Koma: Keine Live-Aufführung, kein Konzert, Bibliotheken geschlossen, kein Poetryslam, kein Club. Und auch kein Kino. Das kann keine virtuelle Welt und kein Streaming-Dienst ersetzen.

Dennoch will Stefan Käding, der Mitbetreiber der „Troika“-Kinogruppe mit Tilsiter Lichtspielen, Kino Zukunft,

„Am Anfang war es schwierig, klare Informationen zu bekommen. Aber jetzt läuft es,“ sagt er. Viele Mini-Jobber arbeiten auch in den Kinos. „Die wollten wir ja nicht entlassen und sagen, na dann schauen wir mal, wenn es dann irgendwann weiter geht, stellen wir euch wieder ein. Da ist etwas gewachsen, das hat etwas mit Vertrauen, Anerkennung und Respekt

zu tun.“ Anderswo ist man weitaus schlechter dran, das ist ihm klar.

„Wir arbeiten mit einem fertigen Produkt, dem Film, müssen keine Gagen zahlen und kommen mit verhältnismäßig wenig Technik aus, anders als die Theater oder Konzertveranstalter.“ Seine Sorgen gehen deshalb, jenseits der finanziellen Aspekte, in eine ganz andere Richtung. „Je länger dieser Dornröschen-Schlaf dauert, desto mehr werden sich die Menschen gewöhnen an die veränderte Art, Filme zu konsumieren. Neue Filme werden jetzt schneller online zur Verfügung gestellt. Man könnte sich auch virtuell verabreden und fern voneinander einen Film gemeinsam sehen. Vielleicht erhält sich das Misstrauen gegenüber größeren Menschenansammlungen auch nach Corona. Dann bleiben die Kino-Säle leer.“ Allerdings weiß er schon genau, wie er seine Stammgäste zurück ins Kino locken kann: „In all unseren Kinos bieten wir neben Tickets auch exklusiv unser eigenes, selbstgebräutes Bier an!“

Zu Hause bleiben

Sonntag, 12. April. Bier getrunken wird auch in Corona-Zeiten. Im Park, am Kanal, auf der Straße. Es ist warm und es liegt Unruhe in der Luft. Lockerung heißt das neue Zauberwort. Und das wird, anders als noch vor einer Woche, auch ohne wissenschaftliche Absolution bereits reichlich ausprobiert. Und dann sind da noch die, bei denen Social Distancing nicht funktioniert. Zu Hause bleiben geht nicht, wenn's kein Zuhause gibt. Die Bereitschaft zu helfen, ist groß und sie

macht erfinderisch: Gabenzäune statt Tafeln oder Pfandflaschen. Ich bin an der Spree, unterhalb der East-Side-Gallery. Auf einer Bank arbeiten sie gerade zu zweit an der zweiten Flasche Jägermeister. Abstand ist nicht. Jetzt, seit so schick und teuer gebaut wird, leben nur noch wenige hier. Der eine ist schon 10 Jahre draußen, früher hat er mal Kampfsport gemacht, jetzt ist er 39. Dort drüben kostet eine 1-Raum-Wohnung 1,5 Millionen, und er hat hier alles für sich allein, erklärt er mir und lacht. Und Corona? Das ändert für ihn nichts, was auch. Wir quatschen noch eine Weile weiter - über Covid, Moses, Gott und die Welt (schließlich ist Ostern) - aber den Schluck aus der gemeinsamen Jägermeister-Flasche lehne ich dann doch ab.

Etwas ist anders

Von allen Seiten tauchen spannende Fragen auf. Der plötzliche Stillstand zwingt uns alle zum Innehalten. Was fehlt uns jetzt und worauf können wir vielleicht dauerhaft verzichten? Der Kontakt, ja, der fehlt, der direkt Austausch, aber das neue T-Shirt muss nicht sein. Wie organisieren und bewerten wir Arbeit neu, wenn wir den ungezügelt turbo-kapitalistischen Konsum dauerhaft drosseln? Wenn wir das Hamsterrad nach der Krise nicht wieder ungebremst beschleunigen? Und wie teilen wir die Stadt neu, wenn wir auf der Bremse bleiben?

Dienstag, 14. April. Xhain geht da wieder einmal voran. Schon am letzten Donnerstag auf der Gitschiner: Der rechte Fahrstreifen ist durch Poller gegen den fließenden Verkehr abgesichert. Der Bezirk hat schnell reagiert: Der motorisierte Verkehr ist um mehr als 50 % zurück gegangen und gleichzeitig steigen immer mehr Menschen auf das Fahrrad um. Das Abstandsgebot erzeugt auch eine Zeit des Umdenkens. „Ganz einfach war das nicht,“ sagt Felix Weisbrich, der Leiter des Straßen- und Grünflächenamts im Bezirk. „Bei unseren Umsetzungsmaßnahmen haben wir viel Fassungslosigkeit erlebt, von Unmut und Protest bis zu ungläubigem Staunen und Begeisterung. Auf der Lichtenberger und der Petersburger war es ähnlich. Und es werden weitere Projekte folgen.“ Ein großer Schritt in Richtung einer gerechten Aufteilung des Straßenraums.

Die Krankheit müssen wir hinter uns lassen, so schnell wie möglich. Die Fragen, die ihr Ausbruch aufgeworfen hat, werden bleiben.

■ Henry Arnold

Politik in Zeiten der Krise

In der Coronakrise schlägt die Stunde der Exekutive. Alle erforderlichen Maßnahmen sollen zur Eindämmung des Virus getroffen werden. Das bedeutet für uns alle nicht nur bisher nie dagewesene Einschränkungen, sondern auch massive Eingriffe in unsere Grund- und Freiheitsrechte.

Die Debatte ist besonders relevant aus der Landesperspektive, denn es sind die Länder, welche die DOs und DON'Ts festlegen. Auch als Kreisverband haben wir unseren politischen Betrieb keineswegs eingestellt, sondern neue Plattformen für politische Debatten geschaffen. In einem Webinar mit unserem Justizsenator Dirk Behrendt und Lea Beckmann von der Gesellschaft für Freiheitsrechte haben wir darüber gesprochen, wie Corona Berlin verändert.

Ganz schnelle, ganz tiefgreifende Maßnahmen, gar noch von Angst getrieben, wie sie nicht nur von konservativen Hardlinern gefordert werden, hält Dirk Behrendt für falsch. Die Diskussion im Senat über den richtigen Weg sei dabei stets an der Lage diskutiert und situativ angepasst worden, um eine effektive Eindämmung zu ermöglichen. Dabei sei es auch beim Berliner Weg in Abstimmung mit den anderen Bundesländern wichtig gewesen, einen „Flickenteppich“ zu vermeiden. Lea Beckmann hat Verständnis für die Maßnahmen, sieht jedoch rein

rechtlich einige Probleme. Dies fängt schon bei der Frage von „ausreichend bestimmten Rechtsgrundlagen“ an.

Je intensiver die Eingriffe, desto konkreter müssten die Rechtsgrundlagen sein. Diese sind jedoch im Infektionsschutzgesetz, auch mit den im März beschlossenen Änderungen in Bundestag und Bundesrat, weiterhin sehr unbestimmt. Umso wichtiger sei es, „alle Aspekte zu beleuchten“ und den Stellenwert der Grundrechte nicht außer Acht zu lassen, sagt Lea Beckmann. Da sind alle Akteure gefordert, nicht nur die Exekutive. Bei der juristischen Bewertung des Social bzw. treffender Physical Distancing stellt sich für sie die Frage, unter welchen Maßgaben wir uns im öffentlichen Raum frei bewegen können und gleichzeitig ein „kalkulierbares oder geringes Ansteckungsrisiko“ zu haben. Das findet Dirk Behrendt nachvollziehbar und hält es im Streitfall für essentiell, dass „der Rechtsschutz funktionieren muss“, also dass die Gerichte weiterarbeiten und Entscheidungen getroffen werden können.

Wenn es darum geht, ob Einschränkungen vernünftig sind, fällt immer der Begriff der „Verhältnismäßigkeit“. Das bedeutet, dass Maßnahmen nicht nur geeignet, sondern auch erforderlich und angemessen sein sollten. Und diese Frage muss man sich sowohl bei den getroffenen Regelungen, als auch bei der Anwendung in jedem Einzelfall stellen. Daher ist ein politischer Diskurs darüber nicht nur möglich, sondern geboten. Gerade für uns als politische Menschen und als Kreisverband, der sehr aktiv an Demonstrationen teilnimmt, stand dabei die Einschränkung der Versammlungsfreiheit in den letzten Wochen in einem besonderen Fokus. Hier hatte sich Dirk Behrendt dafür eingesetzt, dass eine Regelung aufgenommen wird, die weiterhin Demonstrationen ermöglichen soll. Allerdings ist es nicht nur juristisch problematisch, dass damit der politische Straßenprotest faktisch zum Erliegen gekommen ist. Schließlich sprechen wir hier von einem Grundrecht, das in seinem Wesensgehalt eben nicht angetastet werden darf. Auch in

unserem Bezirk wurden Demonstrationen untersagt oder aufgelöst, obwohl Versammlungsteilnehmer*innen mit Mundschutz und unter Einhaltung der Abstandsregelungen ihren politischen Protest kundtun wollten. Das macht deutlich, wie wichtig es ist, die Anwendung und Umsetzung der Maßnahmen durch die Behörden und die Polizei zu hinterfragen und gegebenenfalls nachzujustieren.

Dies ist beispielsweise bei den Kontaktbeschränkungen passiert. Hier hatten sich insbesondere die Grünen dafür stark gemacht, dass das Verweilen auf Parkbänken weiterhin erlaubt bleibt. Auch wenn es möglicherweise einfacher wäre mit leeren Parks und leeren Straßen, so haben wir Freiheitsrechte, die sich nicht aus Bequemlichkeit aussetzen lassen. So sieht es auch Lea Beckmann und begrüßt, dass sich „die Regierung in diesem Punkt rechtsstaatlich korrigiert“ hat. Nicht alles was geeignet ist, ist gleich verhältnismäßig. Und diese Verhältnismäßigkeit ist nicht zuletzt eine Frage der Vernunft, der Akzeptanz

und des politischen Diskurses auch in Krisenzeiten.

Corona verändert Berlin und wir können derzeit nicht absehen, wie die nächsten Tage, Wochen und Monate aussehen werden. Aber wir sollten alle kritisch bleiben. Alle Maßnahmen und Veränderungen, die wir jetzt erleben, stellen uns vor die Frage: Wo soll es hingehen? Welche Schlüsse ziehen wir aus der Krise? Was können wir daraus lernen – sowohl im negativen als auch im positiven Sinne. Und dafür braucht es auch oder gerade in der Stunde der Exekutive eine politische, kritische und reflektierte Debatte über das Wie. Wie sich Berlin durch Corona verändert, das entscheiden nämlich wir alle zusammen. Übrigens: Die Diskussion mit Dirk Behrendt und Lea Beckmann gibt es zum Nachhören in unserem Podcast, dem Stachelcast, auf unserer Homepage oder auf Spotify und Apple Music.

■ Vasilii Franco, Geschäftsführender Ausschuss